Gummersbacher Zeitung

Bezugspreis:
Durch die Boten und Geschäftsstellen: das Vierteljahr 2,25 Mk., für 1 Monat 75 Pfg., einschließlich Traggeld; durch die Post: vierteljährlich am Postschalter abgeholt 2 Mk.; frei ins Haus 2,42 Mk.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Telegramm-Adresse: Zeitung Gummersbach.
Fernruf: Amt Gummersbach Nr. 12.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Gummersbach

Tageblatt für das oberbergische und märkische Land

Verbreitetste Zeitung im oberbergischen und homburgischen Bezirk.

Gegründet 1837

Rotationsdruck und Verlag: Friedr. Luyken (W. Albrecht) G. m. b. H. in Gummersbach.

Anzeigenpreis:
Die gewöhnliche Spaltzeile oder deren Raum 15 Pfg., oberhalb des Anzeigenstriches die Spaltzeile oder deren Raum 50 Pfg. Bei gerichtlicher oder zwangsweiser Beitreibung kommt jeder Rabatt in Wegfall.

Schluß der Anzeigen-Annahme
für kleine Anzeigen 7½ Uhr morgens, für größere Anzeigen Tags vorher um 3 Uhr nachmittags.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen wird keine Gewähr übernommen.

Verbreitungsbezirk: Gummersbach — Bergneustadt (Stadt) — Bergneustadt (Land) — Drabenderhöhe — Gimborn — Marienheide — Rümbrecht — Ründeroth — Wiehl — Eckenhagen — Denklingen — Hermesdorf Waldbröl — Ruppichteroth — Morsbach — Rosbach (Sieg) — Engelskirchen — Wipperfürth — Hückeswagen — Neu-Hückeswagen — Meinerzhagen — Kierspe — Marienberghausen — Halver i. W.

№ 11 | Sprechstunde der Schriftleitung: wochentags 3—4 Uhr nachm. | **Freitag, den 14. Januar** | Anzeigen-Annahme: Sonntags 11—12 Uhr, werktags 7—12 vorm., 2—7 Uhr nachm. | **1910.**

Zum preußischen Staatshaushaltsetat für 1910.

* Gummersbach, 14. Januar.

Der Entwurf zum preußischen Staatshaushaltsetat für 1910, wie er dem Landtage zugegangen ist, und durch eine Rede des Finanzministers Frhr. v. Rheinbaben im Abgeordnetenhause erläutert und begründet wurde, balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 3 929 412 936 Mark verzeichnet also gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung der Schlußsumme um 102 058 278 Mark. An Ausgaben sind im Ordinarium 3 725 019 542 Mark, im Extraordinarium 204 393 421 Mk. eingestellt, denen an Einnahmen des Ordinariums nur 3 837 412 963 Mark gegenüberstehen, so daß also auch für das Jahr 1910 mit einem Fehlbetrage, und zwar in Höhe von 92 Millionen zu rechnen ist, der auf dem Wege der Anleihe gedeckt werden soll. Gegen diese Maßnahme wäre nun, wenn es sich um durchaus notwendige Ausgaben des Extraordinariums, namentlich um solche werbenden Charakters handelte, absolut nichts einzuwenden Da aber das Extraordinarium gegenüber dem Vorjahre eine Ermäßigung der Ausgaben um 26 437 344 Mark aufweist, während das Ordinarium in seinen Ausgaben um 128 495 622 Mark gestiegen ist, so beruht der Fehlbetrag nur auf der Erhöhung laufender Ausgaben, und die Deckung des Defizits durch Anleihe muß daher wieder zu den schwersten Bedenken Anlaß geben Auch scheint man, ganz ebenso wie bei der Aufstellung des Reichshaushaltsetats für 1910, im Extraordinarium des preußischen Staatshaushaltsetats in einer Weise gespart beziehungsweise durchaus notwendige Ausgaben — Herr v. Rheinbaben nannte gestern die Summe von 125 Millionen — von ihm abgesetzt haben, nur um mit einem einigermaßen geringen Defizit aufwarten zu können, daß der Etat als ein durchaus geklärtester bezeichnet werden muß. Und es besteht die Gefahr, daß im nächsten Jahre auch die Ausgaben für das Extraordinarium sehr energisch emporschnellen, so daß dann eine weitere und stärkere Vermehrung der preußischen Staatsschuld zu erwarten ist.

Diese Staatsschuld beläuft sich für das Jahr 1910 auf insgesamt 9 421 770 789 Mark gegen 8 770 149 735 Mark im Vorjahre. Sie hat also wieder um 651 621 054 Mark zugenommen und erfordert zu ihrer Verzinsung ein Mehr von 20 760 966 Mark gegenüber dem Vorjahre. Diese Mehrausgabe entfällt auf die Verzinsung der neuen, im Jahre 1909 ausgefertigten 4prozentigen Konsols (270 Millionen Mark) und der neuen, ebenfalls 1909 geschaffenen Anleihe im Betrage von 310 Millionen Mark, aus denen das Defizit der Jahre 1908 und 1909 (ca. 307 Millionen) gedeckt werden soll, sowie auf die Verzinsung der im Jahre 1910 neu aufzunehmenden Anleihebeträge. Da von dieser Gesamtsumme inzwischen 20 Millionen 3prozentiger Staatsanleihe durch Rückkauf getilgt sind, so ist die Anleiheschuld Preußens in den Jahren 1909 und 1910 um ca. 650 Millionen Mark gewachsen. Seine schwebende Schuld dagegen hat durch Zunahme der ausgegebenen Schatzanweisungen eine Vermehrung um 100 Millionen Mark erfahren. Es ist ja nun richtig, daß diese Schuldverpflichtungen des preußischen States reichlich durch seinen Eisenbahn-, Domänen- und Bergwerksbesitz gedeckt werden. Wenn wir aber damit fortfahren, auch einen Teil der laufenden Ausgaben auf Anleihe zu nehmen, so dürfte dieser Grundfonds nur zu bald aufgezehrt sein, denn er stellt eine einigermaßen konstante Größe dar, deren Wertvermehrung keineswegs mit der Steigerung der ordentlichen Ausgaben in Preußen Schritt hält.

Es ist deshalb an sich sehr begrüßenswert, wenn das preußische Finanzministerium jetzt begonnen hat, das Schwanken der Eisenbahneinnahmen, auf deren Ueberschüssen sich ja der preußische Etat zum größten Teil aufbaut, durch Abschaffung eines Ausgleichfonds nach Möglichkeit zu verhüten. Die Anregung dazu gab bekanntlich im März vorigen Jahres das Argeordnetenhaus, das eine Resolution der Budgetkommission annahm, nach welcher ein Ausgleichfonds zu schaffen wäre, dem ein Teil der Eisenbahnüberschüsse zugeführt werden sollte, unter gleichzeitiger Begrenzung des Extraordinariums der Eisenbahnen. Das Finanzministerium hat dieser Anregung Folge gegeben und beabsichtigt, die Ueberschüsse, soweit sie 2,10 Prozent (210 Millionen) des Anlagekapitals der Eisenbahnen (10 Milliarden Mark), die im Durchschnitt nötig waren, um den Staatshaushalt zu balanzieren, überschreiten, nicht mehr, wie früher, für allgemeine Staatszwecke zu verwenden, sondern in den Tresor des zuschaffenden Ausgleichfonds zu legen. Auf der anderen Seite soll das Extraordinarium des Eisenbahnetats auf 120 Millionen begrenzt werden und nur das, was an Eisenbahnforderungen über diesen Satz hinausgeht, auf Anleihe genommen werden können, falls man es nicht vorzieht, auf den angesammelten Ausgleichfonds oder auf „sonstige Staatsmittel" zurückzugreifen.

Diese Maßnahme des Finanzministeriums zeigt wenigstens das Bestreben, die Finanzverwaltung Preußens von der seiner Eisenbahnen zu trennen und sie damit von den schwankenden Eisenbahneinnahmen nach Möglichkeit unhabängig zu machen. Aber Vorsicht ist auch hier am Platze. Wenn die Eisenbahnüberschüsse weiter steigen, so liegt die Befürchtung nahe, daß das preußische Finanzministerium wieder in die unfruchtbaren Thesaurierungspolitik Miquels verfällt, und im anderen Falle, wenn also die Eisenbahnüberschüsse zurückgehen, ist zu gewärtigen, daß das Finanzministerium, nachdem der Ausgleichfonds aufgezehrt ist, vor allem seine Zuflucht zu „sonstigen Staatsmitteln", also wohl zu neuen Steuern nimmt. Ein wirtschaftliches Erwerbsunternehmen aber, wie es die preußischen Eisenbahnen doch sind, mit neuen Steuern künstlich zu füttern, einem solchen Unterfangen muß aufs energischste widersprochen werden. Verbilligung der Tarife allein könnte unseres Erachtens die Zunahme des Personen- und Frachtverkehrs in Zeiten ungünstiger Konjunktur bewirken, und der Eisenbahnverwaltung zu Ueberschüssen verhelfen, die den Staatshaushaltsetat balanzieren und ihr selbst die nötigen Mittel zu Betriebserweiterungen über das vorgeschriebene Extraordinarium hinaus sichern. Bei jeder Verkehrsanstalt muß es eben die Masse bringen. Sehr im Widerspruch mit dieser natürlichen Lösung der Eisenbahnfinanzfrage steht daher die Hoffnung, die Herr v. Rheinbaben gestern an die Einführung der Schiffahrtsabgaben knüpfte. Wenn Preußen diese gegen den Widerstand Sachsens, Badens und der anderen Bundesstaaten durchsetzt, den Verkehr auf den deutschen Strömen also verteuert, so würde sich dieser zwar unter gewissen Umständen auch den preußischen Eisenbahnen zuwenden. Wenn aber die Konkurrenz des billigeren Wasserverkehrs mit dem teureren Eisenverkehr zum Teil gebrochen ist, so glauben wir unsere preußische Finanz- und Eisenbahnverwaltung genügend zu kennen, um schon heute voraussagen, daß sie dann — ebenso wie die Reichspostverwaltung nach Ausmerzung der Privatposten das Ortsporto erhöhte — Mittel und Wege finden wird, die Eisenbahntarife für Personen- und Güterverkehr zu erhöhen, statt sie zu verbilligen. Und wenn Herr v. Rheinbaben für Preußen neue Steuern wünscht, wenn er z. B. die Erhöhung der Erbschaftssteuer oder die Erbanfallsteuer in Preußen einführen will, so wird er die reaktionäre Mehrheit des Landtages seinen Wünschen ebenso geneigt finden, wie bei Schiffahrtsabgaben und Verteuerung des Eisenbahntarifs. Verkehrsfeindlichkeit und Beschränkung des Steuerrechts des aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehenden Reichstags: das sind ja von jeher die Zeichen des preußischen Dreiklassenparlaments gewesen.

Unter diesem Gesichtspunkte eröffnet der diesjährige preußische Statshaushaltsetat ein recht trübes Bild. Heute eine Anleihe, morgen eine Anleihe und womöglich noch neue Steuern und Erhöhung der Eisenbahntarife. Wohl glaubt Herr von Rheinbaben, daß sich die Eisenbahneinnahmen gemäß der sich wieder hebenden Konjunktur auch weiter erhöhen werden, und die Thronrede stellt sogar eine Verminderung des jetzigen Defizits in Aussicht. Aber demgegenüber will immer daran festgehalten werden, daß auch die Aufgaben der preußischen Gesetzgebung in ihrer finanziellen Wirkung auf den Etat immer mehr steigen. Man hat sie für das Jahr 1910 nur zum kleinsten Teile berücksichtigt, weil es im Interesse der preußischen Regierung lag, das Defizit als ein möglichst geringes erscheinen zu lassen, wollte man nicht den Anhängern einer durchgreifenden Wahlreform neues Aufwasser geben. So ist der preußische Etatsanschlag für 1910 ein geschinkelter, und es erscheint deshalb herzlich überflüssig, schon an dieser Stelle auf seine Einzelpositionen einzugehen. Sie verraten im großen und ganzen nur Kleinarbeit und bringen Preußen auch nicht einen einzigen Schritt vorwärts.

△ Bethmann im Oberhause.

Damit die Erwählten, die sowieso schon zur Eifersucht auf die Gewählten neigen, sich nicht zurückgesetzt fühlen, hat sich der Ministerpräsident auch ihnen mit einigen freundlichen Worten als solcher vorgestellt Sprach er drüben vom gegenseitigen Vertrauen, so betonte er hier die „engen Beziehungen" zwischen dem hohen Hause und dem Staatsministerium. Ob man hinter den verschiedenen Ausdrücken etwas suchen will, überlassen wir gern anderen zur Beurteilung; aber das darf man wohl hervorheben, daß Herr v. Bethmann zum erstenmal den Namen seines Vorgängers, des Fürsten Bülow, bei einer solchen Einführungrede erwähnt hat. —

Nachdem der Ausdruck der sympathischen Zustimmung verklungen war, machten sich die Herren an die Arbeit und erledigten in traditioneller Kürze binnen fünf Viertelstunden ein umfangreiches Programm. Zuerst das „Stirb und Werde" — Nachrufe und Neuvereidigungen, wie sie in diesem Hause so häufig wiederkehren. Dann begründete Minister v. Malkte das neue Gesetz über die kommunale Doppelbesteuerung. Die Sache selbst — daß Preußen mit den anderen Bundesstaaten Vereinbarungen treffen will, um das Heranziehen von Bürgern zu Kommunalsteuern in verschiedenen Städten zu vermeiden — ist klar und erfreulich genug, um keine Debatte hervorzurufen. Immerhin beschloß man die Ueberweisung an eine Kommission. Auch das zweite Gesetz, das zuerst dem Oberhause zugegangen ist; über den obligatorischen ländlichen Fortbildungsschulunterricht in Schlesien, erfuhr dieselbe Behandlung. Hier hielt Herr v. Arnimm die Einführungrede und befürwortete warm die Verpflanzung des Schulzwanges aus dem Westen, wo er sich in Hessen-Nassau bestens bewährt habe, nach dem Osten. Schlesien sei dazu besonders geeignet, weil dort die fakultative ländliche Ortsbildungsschule bereits große Fortschritte gemacht habe. Ein voller Erfolg aber sei — und darin wird man dem Minister Recht geben — nur vom Zwange zu erwarten. Ueber dessen Einführung sollen im allgemeinen die Gemeinden, unter Umständen die Kreisausschüsse unter Zustimmung der Regierungspräsidenten entscheiden. Eine kleine Diskussion — auf eine größere wollte man sich nicht einlassen, da das Gesetz erst gestern herausgekommen war — entstand bei der Frage, welche Kommission sich mit dem Gegenstand befassen sollte. Der Feldmarschall Graf Haeseler, der sich ganz besonders der Sorge für die schulentlassene Jugend annimmt, forderte die Unterrichtskommission, während das Haus nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten Frhr. v. Landsberg die Agrarkommission wählte. Das ist von geringem Belang; wichtiger ist die Frage, ob es gut ist, so ausschließlich, wie es der General tat, den patriotischen Zweck der Schule zu betonen. Die Absicht der Heranziehung von brauchbaren Staatsbürgern soll natürlich bestehen, aber die Jugend reagiert manchmal anders als sie soll, wenn sie zu deutlich die pädagogische Absicht merkt. Zudem hat wohl zweifellos die ländliche Fortbildungsschule nach andere Aufgaben, als patriotische Knechte heranzubilden. Wie überhaupt die ländliche Wohlfahrtspflege und die innere Kolonisation gerade das Ziel verfolgen, auch die einfachsten Landarbeiter über die Knechteigenschaft hinauszuführen. Doch darüber wird später noch mehr zu sagen sein.

Das hohe Haus überwies noch die Novelle zum Staatsschuldbuchgesetz der Finanzkommission und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit. . . .

Der Wirt von Veladuz.

Roman von Georg Hirschfeld.

40 (Nachdruck verboten.)

„Du bist in meinem Hause — du hast mich anzuhören. Es ist furchtbar, daß ich deinen Begleitern auseinandersetzen muß, was ich mit dem Scheden meine. Ich bin Ortsvorsteher. Ich bin Jakob Freydank. Das sagt alles. Von Jahr zu Jahr wird sich der Schwindel mehr hervor wagen, das sogenannte „Neue", das so alt ist, wie die — Schlange im Paradies. Von Jahr zu Jahr wird es hier brüchiger und schlechter werden bei Gott und den Menschen — aber so lange ich lebe — so lange mein Einfluß lebt — wird Veladuz Veladuz bleiben. Das bezahlst du mir mit deiner Million nicht. — Die Heimat verschacher ich nicht. Den Boden, wo meine Familie Jahrhunderte gebaut und geackert hat, den behalt' ich. Niemals gebe ich einen Zoll davon her. Denn ich weiß, was du damit machen willst. Giftpitze säen! Ueberall! — — Ja, lache nur! — Deine großen Hotels, die du bauen willst — am Marolsee, nicht wahr — das sind rote, teuflische Giftpitze! Ueber Nacht heraus, über Nacht verfault! Die macht kein Bahnbau, kein elektrisches Licht, kein Hokuspokus von der Welt schmackhaft!"

Er wandte sich, zitternd vor Erregung, zum Fenster und starrte hinaus. Sternwald drehte sich langsam zu seinen Begleitern um. „Nun, meine Herren?" fragte er ruhig. „Hab' ich Ihnen zuviel erzählt? - Ist das ein ungefährlicher Ortsvorsteher?"

Jäh fuhr Freydank zu den Männern herum. — „Was heißt das!" rief er.

Der Pfarrer ergriff das Wort. Seine Geduld war zu Ende. „Lieber Freydank — wir sind unzufrieden mit Ihnen. Haben Sie nicht selbst den ersten Schritt getan, um Veladuz dem Verkehr zu erschließen? Ich verstehe jetzt Ihren Zorn, Ihren Haß, Ihre seltsame Inkonsequenz nicht! Daß sich Ihr Trotz gegen Ihren prächtigen Schwiegersohn richtet, ist das Schlimmste von allem. Ich hätte Ihnen wirklich mehr Reife und Menschenkenntnis zugetraut. Sie spielen uns ja Streiche, wie ein Dorfjunge. — Wollen die Seebeleuchtung verbieten, dieses unschuldige Vergnügen unserer vornehmen Gäste. — Nein, Freydank, auf diese Weise werden Sie Ihre gewiß untadlige Gesinnung nicht zum Nutzen der Heimat verwenden. Wir müssen jetzt konsequent sein, wir müssen weiter gehen, wahrhaft groß werden — sonst sind wir ein Gespött der Welt!"

„Sie wollen wahrhaft groß werden?" fragte Freydank, indem es höhnisch um seine schmalen Lippen zuckte.

„Ist das Spott?!" schrie der Pfarrer. „Ich verbiete Ihnen, Ihren Seelsorger zu verspotten."

„Unerhört!" murmelte der Schulmeister.

„Meine Herren", sagte der alte Wirt zurücktretend — sein grauer Kopf senkte sich ein wenig, während er stoßweise, aber festen Sinnes weiter sprach, „wir wollen lieber abbrechen. Es führt zu nichts. Mit meinem Schwiegersohn werde ich schriftlich weiter verkehren — mit Ihnen und mit der Gemeinde in unserer nächsten Sitzung mündlich."

„Was heißt das? — Was wollen Sie uns da sagen? —"

„Daß ein Freydank nicht länger Ihr Ortsvorsteher sein kann."

„Sie sind selbst schuld, daß es so weit gekommen ist", erwiderte der Pfarrer und wandte sich zur Tür. „Wir haben Ihnen gut zugeredet. Sie wollen vereinsamen — gut, so müssen Sie eben die Konsequenzen tragen."

Pfarrer und Schulmeister verließen entrüstet das Zimmer. Sternwald blieb noch. Er war nicht zufrieden mit seinem Verlauf. Er bereute, diese beiden Hitzköpfe mitgenommen zu haben — — sie störten ihm seine Kreise, all seine Diplomatie war umsonst.

„Was willst du noch?" herrschte Freydank ihn an. —

„Du bist zu temperamentvoll, Schwiegervater. — Ich bitte dich dringend, sieh die Sache weniger als Bauer an. Du kriegst deine Ruhe. — Du brauchst dich in deiner Philosophie und Weltverachtung nicht mehr stören zu lassen — die Welt ist ja nichts wert, das weiß ich — —"

„Schweig! — Ich habe dir nichts mehr zu sagen."

Mit wildem Blick, von Haß verzerrt, ging Sternwald plötzlich zur Tür. „Weißt du auch", rief er mit veränderter Stimme, „wozu du mich herausforderst, alter Mann?! Ich lache über den „Grundbesitzer"! Ich kann mehr! Ich spiele Fangball mit euch allen!"

Er war hinaus und hatte die Tür zugeschlagen. Jakob Freydank starrte vor sich hin. Ein Wort, ein seltsames Wort, das der Wütende ihm hingeworfen, saß in ihm fest und kehrte ihm immer wieder. Das Wort „Grundbesitzer". Eine kalte, stolze, dämonische Macht stieg plötzlich in ihm auf, ein Herrengefühl, das ihn ganz erfüllte. „Grundbesitzer"! Ja, das kam zur rechten Zeit! Auch seine Kampfesweise mußte sich ändern. List und Lüge wurden auch ihm ein Mittel in der Not. Er entdeckte seine Unbesiegbarkeit in diesem einsamsten Augenblick. — „Jetzt hab' ich dich", flüsterte er, während unten die Haustür ins Schloß fiel.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Am ersten Januar legte Jakob Freydank im Gemeinderat sein Amt als Ortsvorsteher nieder — nachdenklich und bedrückt trugen die Männer von Veladuz das unerhörte Ereignis ihren Frauen heim. Man bereute es nicht, aber man mochte nicht gern davon sprechen. Fritz Sternwald, der neue Ortsvorsteher (er mußte es sich doch gefallen lassen, gewählt zu werden), machte sich keine Gedanken darüber, daß er, der Berliner, eine Bauernreihe, die Jahrhunderte lang den Ort regiert hatte, ablöste. Er scherzte vielmehr im Hotel darüber. Die Gäste titulierten ihn unter immer erneuter Heiterkeit Herr Vorsteher oder Herr Schulze. Dennoch merkte er vom Tage seiner Wahl an, daß seine Stellung in der Gemeinde nun erst ganz gefestigt war. Die Leute waren doch immer noch viel zu sehr Bauern, als daß ihnen fremder Reichtum mehr imponiert hätte, als die höchste Würde, die sie zu vergeben hatten.

Barbara hielt sich seit dem Wahltage von ihrem Manne fern. Es fiel ihm auf, weil sein brutales Selbstbewußtsein daran gewöhnt war, die Vernachlässigte in seinem Gefolge zu wissen. Mißachtung von ihrer Seite erfüllte ihn mit kühlem, brennendem Zorn. Er betrachtete sie jetzt ganz als Partei ihres Vaters. Als er endlich ihrer ansichtig wurde, ihres absichtlich kühlen Grußes, rief er in gemeiner Eingebung Antonia herbei und berief mit ihr, was nur die Wirtin anging. Sein Gemüt war ganz von Rachedurst erfüllt — sein Ehrgeiz mußte vorläufig hinter dieser Empfindung zurücktreten. Es ließ sich nicht mehr verhehlen: Ein Stillstand war in den märchenhaften Aufstieg des ehemaligen Architekten gekommen. Der Trotz dieser Bauernsippe verschuldete ihn. — Dieser eisenharten Dummköpfe, an die er sein Genie verkauft hatte. Er überlegte hin und her — doch Freydank war nicht beizukommen. Kein Jacques konnte helfen. Der „Grundbesitzer" bestand auf seinem Schein. Wenn er nicht verkaufen wollte, konnte kein Angebot der Welt ihm dazu bringen. Das war die große Falle, die er ihm gestellt. So rächte der Erbeingesessene die Heimat an dem Eindringling. Ein Staub, ein Nichts war all sein kühnes Wollen vor dem unverrückbar felsenstarken Wort „Besitz". Nicht fort zu schieben. Nicht fort zu schieben! Und das Geld war da, die Zukunft, alles! Wer konnte hier helfen? — — —

Jacques hielt an einem hellen Januartage nach dem Lunch Siesta. Er saß im Vestibül auf einem Schaukelstuhl, wippte mit den Füßen, die grauseidne Schuhe trugen, und dachte an gar nichts. — Die Sorgen des Bruders teilte er nicht — er war auch mit dem gegenwärtigen Zustande zufrieden. — Plötzlich kam Fritz aus seinem Bureau mit raschen Schritten auf ihn zu. Er hielt einen Brief in der Hand, er befand sich in hochgradiger Erregung.

„Jacques, Jacques", flüsterte er mit heiserer Stimme und sah sich mißtrauisch um — „bist du ganz klar jetzt? Nimm dich zusammen, Mensch! — Ich habe dir etwas Großartiges mitzuteilen."

„Mon frère —"

„Laß deine Schauereien, zum Teufel! Entweder ernsthaft oder gar nicht!"

× Kattowitz.

(Aus der Reichstagssitzung vom 12. Januar.)

Das ist der große Tag des Zentrums und der Polen. Der Termin, an dem sie zum ersten Male — es wird schwerlich das letzte bleiben — die Regierung an die guten Dienste aus den Finanzreformkämpfen erinnern und Bezahlung in landesüblicher Münze heischen wollen. Zentrum und Polen interpellieren wegen der Kattowitzer sogenannten Maßregelungen. Wobei sie, um von vornherein den Kompetenzbedenken zu begegnen, sich klug und weise auf die Reichsbeamten, nämlich die im Interesse des Dienstes versetzten unteren und mittleren Postbeamten, beschränken. Derselben Interpellationen zweiter Teil (der sich auf die Lehrer bezieht) soll dann in den nächsten Tagen vor dem zuständigen Forum der preußischen Kammer verhandelt werden. Das Haus ist leidlich besucht: wenigstens in seiner Mitte drängt sich die Fülle der Charakterköpfe. Am Bundesratstisch sieht man neben Herrn Kraetke, der in diesem Falle der nächste dazu ist, Herrn Delbrück, dem mit der Würde des inneren Staatssekretärs auch die Bürde des Sprechministers zugefallen ist. Interpellant ist zunächst Graf Oppersdorf, der immer mehr in die vorderste Reihe der Zentrumspolitiker rückt. Dieser schlesische Magnat ist ein interessanter Herr. Nicht nur weil man sich allerhand über das diplomatische Geschick erzählt, mit dem er hinter den Kulissen Dinge und Personen zu lenken weiß. Auch das, was man öffentlich von ihm hört, fesselt zumeist. Ein kluger Mann, ein Mann von Welt; zudem einer, der mancherlei gelernt hat und offensichtlich noch dazulernt. Was natürlich nicht mit Bezug auf die Polenfrage gesagt sein soll. In dem Stück gibt es für den Zentrumssproß selbstverständlich keine Entwicklung. Was in Kattowitz den Staatsbeamten widerfuhr, die inmitten der Erregung der nationalen Diaspora für die Polen votierten, ist ihm ganz einfach eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte; eine Bestrafung dafür — die Wendung ist auf die Konservativen berechnet, die so von Anbeginn festgelegt werden sollen —, daß jene katholischen Beamten nicht „die liberalen Gegner der Konfessionsschule in die Kattowitzer Gemeindevertretung hineinwählen wollten." Folgt dann ein längerer nicht ungeschickt mit allerhand Denunziationchen gegen die Liberalen untermengter Exkurs über die katholische Weltanschauung, die (bleiben wir immerhin bei der Vokabel) die Gemaßregelten auch bei den Kommunalwahlen nicht hätten verraten dürfen. Bis zum Schluß Graf Oppersdorf zum Frontangriff auf die Regierung übergeht. Die behandele unsere Landsleute polnischer Zunge, die doch soeben erst — hört, hört! — bei der Finanzreform ihr einen so großen Dienst erwiesen, ungerecht. Das müsse anders werden; Vorgänge wie die in Kattowitz dürften sich nicht wiederholen. Der Beifall aus Zentrums- und polnischen Reihen hat noch nicht ausgetobt, da steht auch schon Herr Korfanty, der zweite Interpellant, auf der Rednertribüne. Jugend ohne Anmut; ein ohne Unterlaß Polternder, der die rauhen Bräuche oberschlesischer demokratischer Polenversammlungen in die Parlamente zu übertragen sich befleißigt. Dann spricht Herr Delbrück. Kurz und präzis, kein Wort zu viel sagen, eher einige zu wenig. Der Herr Staatssekretär beschränkt sich in der Hauptsache auf formalistische Darlegungen: im Interesse des Dienstes hätten die Beamten, deren Verhalten bei der Wahl in der nationalen Bevölkerung Verwirrung erregen konnte, versetzt werden müssen. Das sei zudem ohne jede Härte geschehen. Im übrigen ständen in dieser Frage, die den Nerv deutschen Staatswesens berühre, die Bundesregierungen einmütig hinter Preußen. Damit ist der offizielle Teil der Interpellation erledigt und die Besprechung kann beginnen. Eingeleitet wird sie durch Herrn Groeber, der sich das Vergnügen macht, durch Zitate aus ganz anders gearteten Zeitläuften die Nationalliberalen ins Unrecht zu setzen. Dann kommt endlich auch die Reihe an diese heute so vielseitig Angegriffenen. Dr. Heinze spricht für sie und holt bei der Gelegenheit nach, was bisher versäumt wurde. Rückt die Kattowitzer Händel in den großen zeitgeschichtlichen Rahmen der großpolnischen Bestrebungen, aus dem allein sie verstanden und recht beurteilt werden können.

•

Am Bundesratstisch die Staatssekretär Delbrück, Krätke und Wermuth.

Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Anfrage Horn-Neisse (Ztr.) und Brandys (Pole) über

Maßregelung von Reichsbeamten in Kattowitz bei Ausübung des Kommunal-Wahlrechts.

Staatssekretär Delbrück erklärt sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten.

Graf v. Oppersdorff (Ztr.): Am 9. und 10. November vorigen Jahres fanden in Kattowitz die Hauptwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Mehrere Beamte wurden im Verlaufe dieser Monate gemaßregelt. Es handelt sich hier ausschließlich um das freie Wahlrecht der Beamten, die freie Betätigung der staatsbürgerlichen Rechte. Es handelt sich um tadellose, königstreue Beamte, die einen ganz bedeutenden Druck ihrer Vorgesetzten bei diesen Wahlen auszuhalten hatten. In Baden, Dortmund und Essen haben sich Postbeamte für das Abkommen zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten ausgesprochen, aber hier sind keinem Beamten wegen Ausübung seines Wahlrechts irgend welche Unbequemlichkeiten gemacht worden. Anders verfuhr der Staatssekretär in Kattowitz, wo er in einem hektographierten Schreiben das Verhalten von Beamten bei der Wahl rügte und für später gewissenhaftere Pflichterfüllung verlangte. (Große Bewegung.) Es ist unmoralisch, so zu verfahren und ebenso unzulässig. Selbst die Nationalliberale Korrespondenz hat das zugegeben. Die polnische Frage kann nur versöhnlich gelöst werden. In Kattowitz sind das Zentrum und die Polen auf das schärfste angegriffen worden. Das hat aber die Regierung in ihren Entschließungen nicht aufgehalten. Ueberall hat auch dabei die katholische Kirche herhalten müssen. Bei vielen Wahlen sind auch von den Hakatisten die Polen als das kleinere Uebel bezeichnet worden. Das größere Uebel ist die politische Heuchelei. (Lebhafte Zustimmung und Bravo im Zentrum und bei den Polen). Bei ihrer Polenpolitik sieht die Regierung Geisterkarawanen, denen sie die preußischen Chausseen sperren möchte. (Heiterkeit.) Die Polen haben der deutschen Regierung schon häufiger vortreffliche Dienste geleistet (Aha! links.) Die polnische Sprache wäre aus Oberschlesien schon längst verschwunden, wenn sie nicht immer wieder durch falsche Maßnahmen der Regierung wachgerufen worden wäre. Die hier vorgenommenen Maßnahmen bedauern wir aufs lebhafteste. (Beifall im Zentrum und bei den Polen.)

Korfanty (Pole): Die Bevölkerung ist zum größten Teil polnisch und katholisch. Die Liberalen stehen im Dienste des Großkapitals und sind politisch reaktionär. Die wirtschaftlich abhängigen Arbeiter werden durch diese Hurrapatrioten und Hüttenbesitzer terrorisiert. Gegen diesen Terrorismus haben sich dort Arbeiter und Mittelstand zur Selbsthilfe zusammengeschlossen. Und nun betrachtet man sie wieder als polnische Hochverräter. Wir lassen uns nicht beschimpfen und in unseren Rechten beschränken. Die Behörden in Oberschlesien wirken ganz öffentlich gegen Zentrum und Polen (Hört! hört! im Zentrum), zusammen mit den Kriegervereinen und sonstigen patriotischen Schlingpflanzen. Beamte, deren Kinder die höhere Schule in Kattowitz besuchten wurden wegen des Verdachts, die großpolnische Agitation unterstützt zu haben, in Orte ohne höhere Schule versetzt (Hört! hört!), und solche, die täglich die Messe besuchten, in Gegenden ohne katholische Kirche im Interesse des Dienstes abgeschoben. (Lebhaftes Hört! hört! und Pfuirufe im Zentrum und bei den Polen.) Tatsächlich hat man die großpolnische Gefahr nur vorgeschützt, um durch eine andere Zusammensetzung der Gemeindekörperschaften ein Gemeindewahlrecht zu erreichen, das auch für die Knappschaftswahlen einen antipolnischen Einfluß schaffen könnte. Die Stadtverwaltungen sind eben abhängig von den Gruben- und Hüttenbesitzern. Wir klagen die Regierung an, daß sie in dem Kampfe des Mittel- und Arbeiterstandes mit dem Großkapital, das diese ausplündert, offen für das Großkapital Stellung genommen hat; wir klagen sie an, daß sie mit diesen Maßregelungen gegen die Verfassung verstoßen hat. (Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Staatssekretär Delbrück: Bei der Wahl hatten Zentrum und Polen ein Kompromiß geschlossen, nach dem drei Zentrumsmänner und zwei Polen gewählt werden sollten. Eine Stichwahl war nötig geworden. Eine größere Anzahl Beamte hatte für diese beiden polnischen Kandidaten gestimmt (Unruhe links). Dann stimmten bei der Stichwahl 14 Postbeamte und ein Beamter der Reichsbank wiederum für die Polen. Diese und ein noch nicht wahlberechtigter Postbeamter, der aber in der Agitation tätig gewesen war, wurden dann versetzt. Dieses Verfahren der Reichsbehörden deckt sich mit dem der preußischen Verwaltung und ist auch vom Reichskanzler gebilligt worden (Hört, hört!). Diese Beamten waren vorher durch ihre Vorgesetzten über ihre Pflicht mündlich belehrt worden (Lärm links und Zurufe). Sie wurden darauf aufmerksam gemacht, daß es mit den Pflichten eines Beamten unvereinbar sei, Bestrebungen der großpolnischen Partei zu unterstützen (Lärm links und Zustimmung). Diese Versetzungen waren keine Strafversetzungen, sie erfolgten im Interesse des Dienstes (Gelächter links, Zurufe). Ich kann verlangen, daß man mich ruhig anhört (Sehr richtig rechts). Diese Beamten wurden versetzt nach Orten, wo sie nicht Gefahr laufen, mit der Beamtendisziplin in Konflikt zu kommen. (Gelächter links, Zurufe rechts). Diese sämtlichen Beamten sind nach dem Reichsbeamtengesetz auch Landesbeamte, die nach dem preußischen Gesetz dem König Treue und Gehorsam geschworen haben. Schon aus diesem formellen Grunde mußte man die Reichsbeamten wie preußische Beamte behandeln. Die Beamten stehen grundsätzlich in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte allen Staatsbürgern gleich (Aha! links). Ihre politische Betätigung ist aber durch ihre Stellung zu ihrem Staate eingeschränkt (Widerspruch links Beifall rechts). Ueber die Grenzen entscheiden der Takt und das Pflichtgefühl, für diese sind sie aber unschwer zu erkennen. Jedenfalls ist es mit der Stellung eines Beamten unvereinbar, sich Bestrebungen anzuschließen, die in ihrem letzten Ziele gegen den Fortbestand des Staates gerichtet sind. (Beifall links, Lärm bei den Polen und im Zentrum.) Bei dem schweren Standpunkt, den Preußen zur Zeit in den Ostmarken hat, handelt es sich darum, diese Landesteile, die durch die harte Arbeit dieser Menschenalter kulturell entwickelte Glieder eines deutschen Bundesstaates geworden sind, nicht der polnisch-slawischen Kultur anheimfallen zu lassen und damit auch ihrer schließlichen Lösung vom preußischen Staate entgegenzuwirken. (Beifall links und rechts.) Wer diesen Boden verläßt, der verläßt den Boden der Verfassung. (Bravo rechts und links, andauernde Unruhe, Lärm und Pfeifen im Zentrum und bei den Polen).

Gröber (Ztr.): Dafür, daß es sich in Kattowitz um großpolnische Agitation gehandelt habe, verlange ich noch vom Staatssekretär den Beweis. Wenn die Vorgesetzten den Beamten sagen: Ihr habt den und den zu wählen, so ist das kein Wahlrecht mehr, sondern ein Abhängigkeitsverhältnis, das auszuüben im Privatleben sich jeder anständige Mensch scheuen würde. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei Polen.) Das jetzige Vorgehen der Regierung erinnert an die schlimmsten Zeiten der Ministerialerlasse der 50- und 60iger Jahre. Der kaiserliche Erlaß von 1882 schärfte den Beamten ein, sich jeder Agitation gegen ihre Regierung bei den Wahlen zu enthalten. Damals hat Fürst Bismarck erklärt jeder Beamte sei in der Ausübung seines eigenen Wahlrechts vollständig frei, niemals werde gegen einen politischen Beamten wegen seiner Ausübung des Wahlrechts eingeschritten werden. Er (Fürst Bismarck) würde dazu niemals die Hand bieten. Das ist eine hochherzige Stellungnahme im Gegensatz zu der unendlich kleinlichen Politik, die jetzt die Oberhand hat. Von den unpolitischen Beamten die Enthaltung von der Agitation zegen die Regierung zu verlangen, erklärte Fürst Bismarck dann noch für eine Forderung des Anstandes. Etwas weiteres werde von ihnen nicht erwartet. Jetzt soll die entgegengesetzte Praxis Platz greifen. Wir dienen dem Wohle des Reiches am besten, wenn wir mit aller Kraft dafür eintreten, daß der Beamte in seiner Wahlfreiheit unbeschränkt bleibt und damit seine Autorität in der Bevölkerung aufrecht erhält, daß er nicht zum politischen Leibeigenen des Vorgesetzten oder zum Heuchler herabgedrückt wird. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum). Es ist unpatriotisch, ungemein schädlich, dem Beamten das freie Wahlrecht irgendwie zu kürzen. Der gegenwärtige Reichskanzler war schlecht beraten, als er seine Zustimmung zu den Maßregelungen gegeben hat. Es gibt nur einen Ausweg: das Wiedergutmachen eines geschehenen Unrechts. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Heinze (nl.): Die günstige Stimmung für das Polentum wurde von diesem selber durch das Bestreben der Wiederaufrichtung des polnischen Reiches (Zurufe: von Polen) beseitigt. (Sehr richtig! bei den Polen). Die polnischen Kreise nähren, wo nur möglich, dieses Gefühl und säen Haß gegen die drei Teilungsmächte. Die polnische Presse bezeichnet die Erlangung polnischer Unabhängigkeit als das Ziel der polnischen Bewegung. Angesichts dieser Agitation ist es unbedingte Pflicht des Deutschen, für die Erhaltung des Deutschtums in Oberschlesien zu sorgen. Leider hat das Zentrum aber anfangs die Bedeutung der Polenfrage nicht erkannt, während es doch sonst das Deutschtum hochhält. Der innere Kern der polnischen Bewegung ist national und wird immer radikaler. Diese Tendenzen sind seit Jahrzehnten klar erkannt, und daher hat jeder Beamte in Oberschlesien unbedingt gegen sie einzutreten. Wer dort nicht national zuverlässig ist, muß entfernt werden, gleichgültig, auf welche Weise seine Gesinnung zur Kenntnis der Regierung kommt. Das Zentrum durfte auf seine Liste nicht staatsfeindliche Polen setzen. (Oho! im Zentrum, Beifall rechts und bei den Nationalliberalen). Die polnische Frage berührt das ganze Deutsche Reich, und die Regierung muß hier jederzeit kräftig durchgreifen, unbekümmert um das Verhalten des Zentrums. Dabei werden wir sie stets gern unterstützen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Zischen im Zentrum und bei den Polen).

Henning (ks.): In Fragen der staatserhaltenden und vaterländischen Pflicht stehen wir immer auf Seiten der Regierung. So auch hier. (Bravo! rechts.) Die Regierung befindet sich in der Abwehr. Wir wollen keine Feindschaft mit den Polen, wollen aber auch nicht Deutschland polonisieren lassen. Die Behörden müssen das Recht haben, die Beamten zu versetzen. Eine Strafverfügung ist darin nicht zu erblicken. Hier handelt es sich darum, die Autorität zu wahren. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Krätke: In einem Grenzort wie Kattowitz dürfen die Beamten keine Bestrebungen unterstützen, die unmittelbar gegen die Regierung gerichtet sind. Wir sind nur gegen solche Beamten vorgegangen, die großpolnisch wählten, und das, weil wir dazu verpflichtet sind. Daß in Freiburg, Düsseldorf usw. Beamte für Sozialdemokraten gestimmt haben sollen, ist nicht zu meiner Kenntnis gekommen. (Lachen links.) Wir sind auch nicht mit Härte in Kattowitz vorgegangen. Die Beamten, die sich dort bloßstellten, sollten einfach solchen Einwirkungen nicht mehr ausgesetzt werden und kamen an Orte, die das Dienstinteresse gebot. Die Orte, wohin die Beamten kamen, haben auch katholische Kirchen, so daß niemand in seiner Religionsübung gehindert wurde. Ich bestreite ganz entschieden, daß wir die Versetzung als Strafe angesehen haben. Es trifft nicht zu, daß wir religiöse Bedürfnisse verkürzen wollten. Eine solche Behauptung ohne Beweis vorzubringen, entspricht nicht der Stellung eines Abgeordneten. (Sehr richtig!) Die Regierung wird ihren Standpunkt beibehalten. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen, Zischen im Zentrum und bei den Polen).

Staatssekretär Delbrück: Kein Recht ist unbegrenzt, somit hat auch das staatsbürgerliche Recht der Beamten seine Grenzen. Der in den Staatsdienst freiwillig eintretende Beamte kennt diese Begrenzung, die sich aus dem besonderen Beamtengesetz ergibt. Dafür genießt der Beamte ideelle und materielle Vorteile, äußere Ehre und eine gesicherte Stellung. Seine Haltung muß mit den Interessen des Staates übereinstimmen, sonst muß der Beamte die Folgen daraus ziehen. In diesem Falle mußten die Herren im Dienstinteresse versetzt werden. (Lachen im Zentrum, sehr richtig! rechts). Der eine Teil der Polen predigt die Wiederherstellung des Königsreichs, und der andere Teil stellt dies der Zukunft anheim. Die beiden Kattowitzer Stadtverordneten-Kandidaten waren Vertreter der Sokol bezw. der Straz, Körperschaften, die diese Ziele verfolgen. Da den Städten ein weites Verwaltungsrecht eingeräumt worden ist, hat der Staat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß hier auch gewisse Grenzen beobachtet werden. An den guten Beamten-Eigenschaften der versetzten Herren ist nicht zu zweifeln, sie mußten nur von ihren bisherigen Posten versetzt werden. Die Polen, die heute angeblich wie Heloten behandelt werden, unterschlagen immer 130 Jahre polnischer Geschichte, die sie unter der preußischen Herrschaft verlebt haben. (Sehr richtig!) Oberschlesien ist aber altes deutsches Land seit Jahrhunderten, hier ist die polnische Bewegung erst seit den 80er Jahren künstlich geschaffen worden. Westpreußen und Posen sind aber heute ein wohlhabendes, gebildetes Land, das Wohlstand und Bildung dem preußischen Staate verdankt. Jetzt klagen die Polen diesen Staat an. Preußen kann sich die Früchte seiner langen Arbeit nicht rauben lassen. Es ist sein gutes Recht, sie gegen jeden Gegner zu verteidigen, und darin wird es sich nicht irre machen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Spahn schlägt Vertagung vor.

Müller-Meiningen (frs. Vp.) erhebt Einspruch gegen die auffällige und unzehörige Rednerordnung, die seine Partei in die zweite Garnitur weise.

Bassermann (nl.) hält das Verhalten des Präsidiums ebenfalls für bedenklich.

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Rednerliste ist im Einverständnis mit den Abgeordneten festgestellt worden, die sich zu Wort gemeldet hatten. Das Präsidium wird sich nach den Wünschen des Hauses richten.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 7 Uhr.

„Ich höre — ich höre — was hast du denn — hier setz dich her — an meine Seite —"

„Also — alter Schlaukopf! Paß mal auf! — Wenn mich nicht alles trügt, haben wir ihn! — Meinen Schwiegervater nämlich! — Er hat sich selbst ein Loch gegraben, in das er hineinpurzeln muß, wenn wir die Oberhand behalten."

„Wie ist das möglich? Hat er dir geschrieben? Zeig' doch her."

„Höre zu, dann sage, ob ich recht habe."

(Fortsetzung folgt.)

Rheinland-Westfalen.

• Gummersbach, 14. Jan. Am Sonnabend und Sonntag wird das Theater lebender Photographien „Adolf Heinich" in Röckelleßmar 2 Vorstellungen veranstalten. Wir können den Besuch nur empfehlen, bringt das genannte Theater doch ein recht vielseitiges Programm: Humoristisches und Ernstes; für jeden also etwas. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Nummer.

• Gummersbach, 14. Jan. Im Juli d. J. feiert das Infanterie-Regiment Nr. 65 in seiner Garnisonstadt Köln sein 50jähriges Bestehen. Ein Jeder, der seiner Militärpflicht unter der Fahne dieses Regiments genügte, fühlt wohl das Bedürfnis, an dieser Feier teilnehmen zu können. Ganz besonders in unserem Kreise, von wo in den letzten Jahren sehr viele beim Regiment Nr. 65 gestanden, macht sich unter den Kameraden dieser Wunsch bemerkbar. Aus diesem Grunde haben mehrere Kameraden für den kommenden Sonntag, nachmittags 4½ Uhr, im Lokale der Wwe. Finke hierselbst (Mühlenstraße) eine Versammlung anberaumt (siehe die Bekanntmachung in der gestrigen Nr. dieser Zeitung), um über eine gemeinsame Teilnahme an der Feier zu beraten.

• Windhagen, 14. Jan. Heute abend 8½ Uhr findet hier im Lokale des Herrn W. Viebahn eine allgemeine Wähler-Versammlung statt, auf die an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht wird. Nach dem Hauptvortrag des Herrn Liebscher steht es jedermann frei, sich zum Wort zu melden.

(!) Marienheide, 14. Jan. Zu der auf Mittwoch den 5. Januar d. J. anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung waren 17 Mitglieder erschienen. Es fehlte ein Mitglied mit Entschuldigung. Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Grothe hierselbst wurde über die zur Tagesordnung gelangten Gegenstände folgendes beraten und beschlossen: Von einigen Mitteilungen nahm die Versammlung Kenntnis. Nach stattgehabter Besichtigung des Weges nach Schmitzsiepen wurde beschlossen, die Angelegenheit zu vertagen. B. soll veranlaßt werden, den Zaun zurückzusetzen um einen Fußweg zu schaffen. Ueber die Anlage pp. von Wegen soll ein Ortsstatut vorgelegt werden. Zur Regelung der Beheizungsfrage der katholischen Volksschule wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus dem Herrn Vorsitzenden, den Herren Bösinghaus, Heedt und Schneider, die nähere Erkundigungen Einziehen sollen. Mit der Eintretung des von dem Zimmermeister Ommer aufgestellten Bürgen für die Arbeiten am katholischen Schulneubau erklärte sich Versammlung einverstanden, desgleichen mit dem Verkauf zweier Eichbäume an den Stellmacher Knipp hierselbst. Der Ausbau des Weges: Repping-hausen-Späinghausen-Schönebornn soll dem Wenigstfordernden Friedrich Huppertz in Gummersbach zu seiner Forderung von 12372 Mark übertragen werden, falls selbiger einen einwandfreien Bürgen stellt, und das Steinmaterial vom Landesbauamt anerkannt wird. Von einem Austausch mit dem Grundstück des Eisenbahnfiskus am Tunnel Kotthausen wurde endgültig abgesehen. Auf die Beschwerde des Fuhrmanns L. beim Kreisausschuß um Nachzahlung von Armenunterstützung für den Landmesser M. vom 4. März bis 1. Oktober 1909 wurde dem p. L. ohne eine Verpflichtung zur Zahlung anzuerkennen, eine Pauschsumme von 100 Mark bewilligt. Auf Antrag des p. G. beschloß Versammlung selbigen eine monatliche Unterstützung von 9 Mark zu bewilligen vom 1. Dezember 1909 ab. Ebenfalls wurden den unterstützungsbedürftigen Geschwistern K. aus Müllenbach vom 1. Januar cr. eine monatliche Unterstützung von 10 Mark bewilligt.

+ Rodt-Müllenbach, 14. Jan. In der letzten Generalversammlung des Rindviehversicherungsvereins vom 9. d. M. wurde vom Vorjahr Rechnung abgelegt. In der Einnahme betragen die Prämien für die 326 Stück Rindvieh 1372,24 Mark, die Eintrittsgelder 12,25 Mark und die Zinsen 24,52 Mark. Aus verwertetem Vieh wurde gelöst 129,95 Mark, ein Teil der Statutenbücher verkauft zu 37,60 Mark, wozu noch der Bestand kam von 97,67 Mark, macht zusammen 1674,23 Mark Einnahme. An Ausgaben standen ihr gegenüber zwei Teilentschädigungen von 225 + 76 = 301 Mark, für Tierarztkosten 39,50 Mark, Freibankunkosten 7 Mark, für Statuten 40 Mark, für Einrückungsgebühren 7,90 Mark, an Spesen und Provision der Sparkasse 0,70 Mark, Entschädigungsgelder für den Kassierer 23,60 Mark und Porto 2,50 Mark, macht in Summa 422,20 Mark. Bleibt 1252,03 Mark, wovon 1238,82 in der Sparkasse und 13,21 Mark Bestand für das neue Jahr sind. Die Kasse wurde geprüft durch die beiden Landwirte Gustav Berges-Wilbringhausen und Wilhelm Wilmger-Dannenberg und richtig befunden. — Im Anschluß daran legte der Schweineversicherungsverein Rechnung ab. Versichert waren aus dem Bezirke Kattwinkel 7 Stück, von Holzwippe 20, von Unnenberg 32, von Börlinghausen 8, von Müllenbach 51, von Dannenberg 37, von Stillinghausen 27, von Obernhagen 20 und aus dem Bezirk Calsbach 26 Stück, macht im ganzen 228 Schweine zu 2 Mk. = 456 Mk. Hierzu kommen als Erlös für verwertete Schweineteile 44,45 Mk. und der Kassenbestand mit Zinsen pro 1909 von 99,36 Mark. Das macht eine Einnahme von 599,81 Mark. An Entschädigungsgeldern (584,74 Mk.) und Verwaltungskosten (4,90 Mk.) wurden 589,04 Mk. bezahlt. So verbleibt in der Kasse noch 10,77 Mark. Die Richtigkeit bescheinigten nach Durchsicht die drei Landwirte Ernst Düsberg-Obernhagen, Fritz Linde und Wilhelm Heinz, die beiden letzteren von Dannenberg, als Revisoren.

• Siegburg, 14. Jan. Die Stadtverordneten beschlossen die Aufnahme einer Anleihe von 20 000 Mark für bauliche und hygienische Verbesserungen im städtischen Krankenhause bei der Kreissparkasse zu 4 Prozent Zinsen und bei 1½ Prozent Tilgung. Weiter wurde die Errichtung einer städtischen Sparkasse beschlossen.

• Siegen, 14. Jan. Zu den Unterschlagungen bei dem hiesigen Elektrizitätswerk wird mitgeteilt, daß die Treuhandgesellschaft die Revision der Bücher beendet und die Höhe der unterschlagenen Summe auf 18 000 Mark festgestellt hat. Die drei verhafteten Beamten bleiben weiter in Haft.

• Lüdenscheid, 14. Jan. Die spinale Kinderlähmung hat hier wiederum ein Opfer gefordert. Das im 7. Jahr stehende einzige Töchterchen des Direktors des hiesigen Wasserwerks, Rolfs, ist der Krankheit erlegen.

• Lüdenscheid, 14. Jan. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Neubau des Fabrikgebäudes der Firma Basse & Fischer. Beim Fenstereinsetzen stürzte der in den 60er Jahren stehende Maurer Lübold rücklings aus einer Höhe von etwa 10 Metern in das Treppenhaus. Der alte Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb.

• Hagen, 14. Jan. Die Gemeindevertreter der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Hagen-Schwelm haben beschlossen, den Kreisvorstand des sozialdemokratischen Vereins zugleich als kommunale Zentrale für den Wahlkreis zu betrachten. In 18 von 37 selbständigen Gemeinden des Kreises ist die Sozialdemokratie vertreten, und zwar hat sie bisher von den 334 Gemeinde- bezw. Stadtverordnetenmandaten 41 in ihren Besitz gebracht. Sie zählte 1908 34, 1907 22 und 1906 14 Vertreter. In den Städten des Wahlkreises ist sie vertreten in Hagen mit 3, Gevelsberg mit 5, Schwelm 5, Herdecke 1 und Halpe mit 2 Vertretern.

• Solingen, 14. Jan. Die Einwohnerzahl ist hier im Sinken begriffen; sie beträgt jetzt etwa 49 100, während man vor drei Jahren bereits 50 000 Einwohner erwartete. Der Rückgang ist bedingt durch die Abnahme der Geburten und den Verzug in Nachbargemeinden, wo die Wohnungsmieten billiger sind.

• Köln, 14. Jan. Die Frau eines hiesigen Metzgermeisters sehnte sich nach einem prächtigen mit Brillanten besetzten Armband, das bei einem Juwelier an der Hohestraße ausgelegt war. Der Ehemann ließ sich auch bewegen, mit seiner Gattin im Laden das Armband zu besehen; als er aber den Preis von 600 Mark hörte, entfernte er sich schleunigst wieder und sagte seiner Frau, daß er schließlich nicht abgeneigt gewesen sei, wenn das Armband etwa 200 Mark gekostet hätte. Die Frau, die sich von ihrem Haushaltungsgeld ein hübsches Sümmchen erspart hatte, begab sich heimlich zu dem Juwelier, gab ihm 400 Mark und bat, er möge ihrem Mann schreiben, daß er mit Rücksicht auf die schlechten Zeiten das Armband für 200 Mark lassen werde. Der Juwelier ging hierauf ein und der Metzgermeister erhielt das Armband für 200 Mark. Auf dem Heimwege trank er noch einen Schoppen, zeigte dabei das Armband und nannte den Preis. Ein Gast bot dem Meister 100 Mark Nutzen; letzterer schlug zu und eilte zu seiner Frau, um über das gute Geschäft zu berichten. Die Gattin war einer Ohnmacht nahe.

• M.-Gladbach, 14. Jan. Der Zweigverein des Hansabundes, der für den M.-Gladbacher Handelskammerbezirk gegründet worden ist, soll in drei selbständige Untergruppen gegliedert werden. Die erste Gruppe umfaßt M.-Gladbach und Umgegend, die zwei-

in Rheydt, Odenkirchen, Wickrath, Grevenbroich und Umgegend und die dritte Viersen, Dülken, Süchteln, Lobberich, Kaldenkirchen. Die beiden letzten Gruppen haben bereits ihre Vorstände gewählt. Für die Rheydter Gruppe wurde Bankier Heilmann, für die Viersener Gruppe Fabrikbesitzer Hugo Hoster aus Burgwaldniel Vorsitzender.

* Ohligs, 14. Jan. Einer englischen Schlittenfahrergesellschaft fiel eine hiesige größere Stahlwarenfabrik zum Opfer. Diese trat im vergangenen Jahre mit der Firma R. Findler u. Cie., Liverpool 36 u. 36a, City Buildings, Old Hall Street, in Geschäftsverbindung. Als Referenzen nannten R. Findler u. Cie die Mitteldeutsche Export- und Import-Gesellschaft in Frankfurt a. M. und die Firma A. Kempler in Krakau, Krakauergasse 3. Die Frankfurter Firma bezeichnete auf Anfrage R. Findler u. Cie. als tüchtig, reell und zuverlässig und einen Kredit von 1500 Mark als gesichert. Infolgedessen lieferte das Ohligser Haus zuerst Muster und dann für 400 Mark Waren und entnahm auf Wunsch die Beträge beider Rechnungen mit Dreimonatswechsel. Im Dezember kam die Tratte unter Protest zurück. Aus dem Protest ging hervor, daß das Geschäftslokal in Liverpool geschlossen und der Inhaber bereits im November unbekannt verzogen sei. Eine Anfrage in Frankfurt blieb unbeantwortet. Nunmehr unternahm das Ohligser Geschäftshaus Erkundigungen bei einem Auskunftsbureau und anderen Geschäftsfreunden in Frankfurt, die die Anfragende zu der Ueberzeugung brachten, daß das ganze Schwindel sei. Das Polizeipräsidium in Frankfurt a. M. stellte Ermittelungen an, die das Ergebnis hatten, daß es sich um eine ganz gefährliche Gaunerbande handelte. Die Firma war zwar handelsgerichtlich eingetragen, besteht aber nur dem Namen nach, von einem Import oder Export kann gar keine Rede sein. Mit der Firma in Liverpool will das „Frankfurter Haus" keine Geschäfte abgeschlossen haben, auch ist ihm die Firma angeblich nicht näher bekannt gewesen. Trotzdem gab es gute Auskunft. Der Inhaber Sievers gab an er habe infolge einer Anzeige, in der Austausch von Gefälligkeitsakzepten gesucht wurde, mit R. Fiedler u. Cie. schriftlichen Verkehr angebahnt und letztere Firma sei alsbald mit dem Ersuchen herangetreten, bei eintretenden Fällen Auskunft zu geben. Soweit er sich entsinnen könne, habe die Firma ihm s. Zt. eine Auskunft oder die Abschrift von einer Auskunft eingesandt, nach der er die Auskunft in etwa 4 Fällen erteilt habe.

* Mülheim-Ruhr, 14. Jan. Auf die Bittschrift, welche die Bürger der Gemeinde Haarzopf wegen Eingemeindung in die Stadt Essen an den Minister des Innern gerichtet haben, hat nun auch dieser entschieden, daß, nachdem der Plan der kommunalen Neuregelung des Gebietes des jetzigen Landkreises Mülheim-Ruhr die allseitige Zustimmung gefunden hat, eine nochmalige Anhörung des Gemeinderats in Haarzopf und damit eine Aenderung des aufgestellten Aufteilungsplanes nicht in Frage kommen könne.

* Aachen, 14. Jan. In dem belgischen Orte Recklose nahe der deutschen Grenze erregte seit längerer Zeit ein Mädchen namens Rosalie Peatt großes Aufsehen dadurch, daß sie angeblich Wunder verrichtet. Ortsansässige und Fremde strömen in großen Massen dorthin und halten sie für eine Heilige. Der Kirchliche Anzeiger für die Diözese Köln richtet nun eine Warnung an die Wallfahrenden und weist darauf hin, daß von kirchlicher Seite eine Untersuchung stattgefunden hat, die ergab, daß von einer außergewöhnlichen Gnadengabe hier keine Rede sein könne, sondern daß es sich bei der Peatt um Krankheitserscheinungen handle.

Vermischtes.

— **Kleine Nachrichten.** Der Maler Franz Jüttner, der beliebte Zeichner der „Lustigen Blätter", führte zu Neujahr im Auftrage des Kronprinzen eine für den Kaiser bestimmte humoristische Glückwunschkarte aus, die in kecken launigen Strichen die kronprinzliche Familie als Gratulanten darstellt. Den Dank für diese Karte, die großen Beifall fand, stattete der Kronprinz dem Künstler zugleich mit einer Widmung seiner Photographie ab. — Der Redakteur der ultramontanen Osnabrücker Volkszeitung, Fromm, ist wegen Beleidigung des Redakteurs des liberalen Versenbrücker Kreisblatts, Buddenberg, vom Schöffengericht zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Es handelte sich um maßlos gehässige Kritiken in der Ferrer-Angelegenheit und über den Hansa-Bund. — In Althornbach in der Rheinpfalz hat eine Bäuerin schnell hintereinander den Mann und den einzigen Sohn verloren und im Trübsinn darüber ihr Geld verteilt und sich durch Beilhiebe auf den Schädel getötet. — 1256 Millionäre gibt es in Berlin, einen mit 43 Millionen Vermögen und 3½ Millionen Einkommen, zwei mit Vermögen zwischen 40 und 41 Millionen, einen mit 35½ Millionen. — Auf den Professor der Ohrenheilkunde Dr. Alexander von der Wiener Universität hat Dienstag mittag auf der Straße ein Schneidergehilfe, der mit einer Nasenoperation Alexanders nicht zufrieden, mit seiner Schadenersatzklage aber abgewiesen worden war, zwei Schüsse abgegeben, glücklicherweise ohne ihn zu verletzen. — In dem Hause des Oberkurators der Niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt, Reichsratsabgeordneten Leopold Steirer in Wien ist eine mit Sprengstoff gefüllte Blechbüchse explodiert. Das Mauerwerk wurde beschädigt. Verletzt wurde niemand. — Das Reutersche Bureau meldet aus Aden: Dreißig Kundschafter des Mullahs vom Somaliland griffen einen friedlich gesinnten Stamm an, machten zwanzig Männer, Frauen und Kinder nieder und raubten 500 Kamele.

Drahtnachrichten.

(Privattelegramme der Gummersbacher Zeitung.)

Fortschrittspartei.

Elberfeld, 14. Jan. Die freisinnigen Wahlvereine des Wuppertales beschlossen, ihren Delegierten der Berliner Einigungsversammlung der drei linksliberalen Parteien zu beauftragen, für die Bezeichnung „Fortschrittspartei" einzutreten und nicht, wie von anderer Seite vorgeschlagen wurde, den Namen „Deutsche freisinnige Volkspartei" zu wählen. In dem Namen Fortschrittspartei sei das vollständige Programm des Freisinns enthalten.

Flammentod.

Düren, 14. Jan. Durch Flugfeuer entstand in einem Schuppen der Firma Gebr. Hannemann in Mölsdorf ein Brand, durch den ein Teil der Eisengießerei und Maschinenfabrik in Mitleidenschaft gezogen wurde, ohne daß indessen der Betrieb eine Störung erleidet. Unter den Trümmern des Schuppens wurde die verkohlte Leiche eines unbekannten Mannes hervorgezogen, der wahrscheinlich in dem Schuppen übernachtet hatte.

Dr. Franz Stolze †.

Berlin, 14. Jan. Gestern starb der Lektor für Stenographie an der Berliner Universität Prof. Dr. Franz Stolze, der Sohn des Erfinders der Stolzeschen Stenographie im Alter von 74 Jahren.

Zum Tode verurteilt.

Berlin, 14. Jan. In dem Prozeß gegen den Friseur Hans Jünemann wegen Ermordung seiner Braut wurde gestern das Urteil gefällt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach Mord und Diebstahl in zwei Fällen. Der Gerichtshof verurteilte darauf den Angeklagten zum Tode und zu neun Monaten Gefängnis. Die Geschworenen haben beschlossen, den Verurteilten der Gnade des Königs zu empfehlen.

Verhängnisvoller Fehltritt.

München, 14. Jan. In Augsburg fiel die junge Frau des Feuerversicherungsagenten Demmler beim Festmachen eines Fenstervorhanges vom Stuhl auf eine Tischkante und erlitt eine tötliche Gehirnerschütterung.

Der Mord in Hamburg.

Hamburg, 14. Jan. Die hier ermordete Pfandleiherin Luise Merkli war ledig und 53 Jahre alt. Der Mörder scheint zu den berüchtigten Kunden der Merkli zu zählen, von denen sie häufig Goldsachen zweifelhaften Ursprungs einhandelte. Jedenfalls muß er häufig mit ihr zusammen gewesen sein, da der sonst wachsame Hund der Frau nicht anschlug. Die Tat geschah Abends zwischen 8 und 11 Uhr; die Ladentür stand offen. Der Mörder erschlug die Frau in einem Zimmer neben dem Laden mit einem Hammer, dessen Stiel abbrach, dann mit einer Kohlenschaufel und schnitt ihr den Hals ab. Nach der Tat reinigte er sich vom Blut und raubte nur wirkliche Wertgegenstände aus dem offenen Geldschrank, etwa 70 goldene Uhren, gegen 100 goldene Ringe, Armbänder, Nadeln und über 1000 Mark bar. Das Rasiermesser trägt das Fabrikwort Fram zwischen zwei Sternen und die Firma Wilhelm Weber-Hamburg. Bisher hat man von dem Mörder keine Spur. Die Polizeibehörde hat für die Ergreifung des Mörders der Pfandleiherin Merkli eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Erfreuliche Wahl.

Breslau, 14. Jan. Der von den Klerikalen wegen seines Uebertritts zum Protestantismus heftigst bekämpfte Oberrealschuldirektor und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Hacks in Kattowitz ist von den Breslauer Stadtverordneten mit 56 gegen 33 Stimmen zum Leiter des Breslauer städtischen Schulwesens als Nachfolger des pensionierten Stadtschulrats Reichstagsabgeordneten [illegible]dner gewählt worden.

Schiffskatastrophen.

Cuxhaven, 14. Jan. Der deutsche Motorschoner Arcturus ist auf der Fahrt von Cuxhaven nach England auf hoher See untergegangen. Von der Besatzung konnte niemand gerettet werden. Der Kapitän hinterläßt Frau und 7 Kinder.

London, 14. Jan. Gestern Abend lief, wie aus Marshfield gemeldet wird, am Kai in der Cooksbucht der Dampfer Cjarvd auf den Hafendamm auf. Die Mannschaft kletterte ins Takelwerk. Hunderte von Zuschauern am Ufer mußten tatenlos zusehen, wie einer nach dem andern über Bord gesetzt wurde und ertrank. Als die Dunkelheit eintrat, klammerten sich noch einige wenige Matrosen an die Taue. Man befürchtet, daß sie die Nacht nicht überlebt haben. Etwa 30 Menschenleben sind verloren gegangen. Der Dampfer ist vollständig verloren.

Großer Brand.

London, 14. Jan. Im Kilburnviertel steht der große Bazar der Firma Evans in Flammen. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich. Das weibliche Personal stürzte in wilder Flucht auf die Straße. Es steht noch nicht fest, ob Menschenleben zu beklagen sind.

Streik im englischen Kohlenrevier.

London, 14. Jan. Daily Mail meldet: Die Situation in den Kohlenbergwerken von Nord- und Ostengland verschärft sich. Gestern haben sich die Delegierten von Gruben der Grafschaft Durham von zirka 50 000 Beschäftigten vereinigt und beschlossen, alle Arbeiter zur sofortigen Einstellung der Arbeit aufzufordern. Verhandlungen der Delegierten von North Cumberland und New Castle haben stattgefunden. Sie sind ohne Beschluß geblieben.

Marktberichte.

Köln, 13. Jan. Auftrieb 818 Kälber, 409 Schafe und 1710 Schweine. Bezahlt für 50 Klg. Schlachtgewicht: Kälber: a. Doppellender feinster Mast Lebendgewicht — (Schlachtgewicht 110—115 Mark), b. feinste Mast (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 55—63 (90—93), c. mittlere Mast- und gute Saugkälber 50 bis 54 (85—88), d. geringe Saugkälber — (76—80), e. Fresser — (58—62); Schafe: a. Mastlämmer und jüngere Masthämmel — (80—82), b. ältere Masthämmel und gut genährte Schafe — (76—78), c. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — (67 bis 72), d. Marschschafe und Niederungsschafe — (—); Geschäft lebhaft. Preise für 50 Klg.: Schweine: a vollfleischige bis 2 Zentner Lebendgewicht 55—57 (Schlachtgewicht 69—72), b. vollfleischige über 2 Ztr. 53—55 (67—70), c. vollfleischige über 2½ Zentner 54 bis 55 (68—70), d. Fettschweine über 3 Zentner — (—), e. gering entwickelte 50—52 (63—66), f. Sauen und geschnittene Eber 47—53 (60—67); sehr ruhig, voraussichtlich geräumt.

Großhandelspreise für frisches Fleisch das Kilo am 13. Januar: a. Rindfleisch: Ochsen: 1a 1,40—1,42, 2a. 1,32—1,34; langsam; Kühe: 1a. 1,30—1,32, 2a. 1,20—1,22, 3a. 1,16—1,20; lebhaft; b. Schweinefleisch: 1a. 1,48—1,52, 2a. 1,44—1,46. — Eingeführtes Fleisch am 13. Januar: 210 Großviehviertel 128 Kälber und 13 Schweine; a. Rindfleisch: 1a. 1,20—1,24, 2a. 1,16 bis 1,18, 3a. 1,08—1,10; b. Kalbfleisch: 1a. 1,50—1,54, 2a. 1,36—1,44, 3a. 1,00—1,16; c. Schweinefleisch: 1a. 1,32—1,36; lebhaft. — Häute- und Fettpreise am 13. Januar: Stierhäute 101 Pfg., Kuh- und Rinderhäute 108 Pfg., rothaarige Ochsenhäute von 45 Klg. aufwärts 121 Pfg., desgl. von 40 bis 44½ Klg. 121 Pfg., flache Berliner Ochsenhäute 114 Pfg., Kalbfell mit Kopf 156 Pfg., ohne Kopf 185 Pfg., Fett 58 bis 68 Pfg., Nierenfett 78—80 Pfg. das Kilo.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Langeheine, für den Anzeigenteil: Ernst Hindersin, beide in Gummersbach.

Einem Teil der heutigen Auflage der „Gummersbacher Zeitung" liegt ein Prospekt der Firma L. Stern, Meinerzhagen, bei worauf die Leser aufmerksam gemacht seien.

Evang. Kirchengemeinde Gummersbach.

Sonntag, den 16. Januar.
9 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Luyken.
10½ Uhr: Hauptgottesdienst. Pastor Coentges.
½3 Uhr: Gottesdienst in Becke. Pastor Bleier.
6½ Uhr: Abendgottesdienst. Pastor Luyken.
3½ Uhr: Jugendverein. U. a. Vortrag von Herrn Offermann: Fritz Reuter.
5 Uhr: Evangel. kirchliches Blaukreuz im Gemeindehause.
Dienstag, den 18. Januar, abends 8½ Uhr: Bibelbesprechstunde im Gemeindehause.
Donnerstag, den 20. Jan., abends 8½ Uhr: Missions-Frauenverein.
Donnerstag, den 20. Jan., abends 8½ Uhr: Gottesdienst in Rospe. Pastor Coentges.
Grabreden hält Pastor Coentges.
Die Gemeindebibliothek ist nach dem Hauptgottesdienste geöffnet.
Die Termine für die diesjährigen Konfirmationen sind in folgender Weise festgesetzt:
Sonntag, den 13. März, Konfirmation: Pastor Luyken.
Sonntag, den 20. März, Konfirmation: Pastor Rühle.
Ostersonntag, den 28. März, Konfirmation: Pastor Bleier.

Ev. Gemeinde Bergneustadt.

Sonntag, den 16. Januar
Morgens 10½ Uhr: Hauptgottesdienst.
Nachm. 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde in der Schule von Hackenberg.
Mittwoch, den 19. Januar.
Abends 8½ Uhr: Jungfrauenverein.
Donnerstag, den 20. Jan.
Nachm. 4 Uhr: Frauenverein.
Ferling, Pfarrer.

Ev. Gemeinde Dieringhausen-Vollmerhausen.

Sonntag, 16. Januar.
10 Uhr: Hauptgottesdienst.
11 Uhr: Kindergottesdienst.
Jugendverein, Gruppe 1, Dienstag, 18. Jan., 8 Uhr.
Nähverein Vollmerhausen, Mittw., 19. Jan., 8 Uhr.
Jungfrauenverein Dieringh., Donnerst., 20. Jan., 8 Uhr.
Vorbereitung der Kindergottesdienst-Helferinnen, Donnerstag, 20. Januar, ½7 Uhr.
Frauenvereine:
Brück, Montag, 17. Jan.
Vollmerh., Baumhof u. bei Bals, Dienstag, 18. Jan., 8 Uhr.
Oelchen, Mittwoch, 19. Jan.
Dieringhausen, Donnerstag, 20. Jan., 4 Uhr.
J. V.: Fr. Fuckel, Pastor.

Ev. Gemeinde Derschlag.

Sonntag, 16. Januar.
Um 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Um 2 Uhr: Kindergottesdienst.
Um 3 Uhr: Bibelstunde im Vereinshaus.
Um ½5 Uhr: Bibelstunde in der Schule zu Dümmlinghausen.
Pfarrer von Lünen.

Die älteste deutsche Chauffeur-Schule
unter Ingenieur-Leitung Oberfahrmeister Dommenz Chauffeur kaiserl. u. königl. Hoheiten bildet Leute jeden Berufsstandes zu tüchtigen Berufsschauffeuren aus. Prospekt gratis u. franko. Stellennachweis kostenlos.
Technikum Elektra Köln Dagoberstr. 3.

Kasseler Brot
das Pfund 11 Pfg. empfiehlt **B. Rosenbaum**, Dampfbrotbäckerei, **Grebenstein** bei Cassel.

Gesellschaft zur Eintracht.
Samstag, den 15. Januar, abends 7½ Uhr
zum Stiftungsfest ordentliche General-Versammlung.
Gummersbach, den 14. Januar 1910.
Der Vorstand.

General-Versammlung der **Arbeiter-Ortskrankenkasse Gummersbach**
am Sonntag, den 23. Januar 1910,
nachmittags 2 Uhr für die Kassenmitglieder und
" 3 " " Arbeitgeber
im Lokale des Herrn **Carl Thiel** in **Gummersbach,** wozu die Herren Vertreter hierdurch eingeladen werden.
Tagesordnung:
1. Vorstandswahl.
Es scheiden aus: a) seitens der Kassenmitglieder die Herren Carl Stoffel und Rudolf Rövenstrunk; b) seitens der Arbeitgeber Herr Willy Sondermann.
2. Wahl des Rechnungsausschusses.
Zur Teilnahme an vorstehender Generalversammlung sind nachbenannte Vertreter berechtigt:
a) seitens der Kassenmitglieder: Ewald Schröder, Alb. Kämper, Wilhelm Hollenberg, W. Fastenrath, Stephan Lenz, Eduard Deitenbach, Julius Flick, Becke; Aug. Becker, Carl Aulmann, Carl Oeser, Reininghausen; Richard Hesendehl, Carl Beith, Emil Fastenrath, Frömmersbach; Herm. Pfeif, Heinrich Boßwinkel, Adolf Späinghaus, Max Enders, Gummersbach; Carl Maiwurm, Berghof; Ewald Baltes, Otto Hollmann, Becke; Julius Wachendorf, Joseph Braun, Gummersbach; Wilhelm Riese, Carl Koch, Chr. Oehler, Lobscheid; Wilhelm Dick, Derschlag; Rob. Meifer, Windhagen; Wilhelm Hesendehl, Otto Bockemühl, Frömmersbach; Heinrich Lenz, Ewald Deitenbach, Emil Hild, Becke; Otto Schnepper, Albert Schnepper, Unnenberg; Wilh. Nohl, Al. Bernberg; Otto Nöll, Becke; Ewald Wirth, Peter Dehler, Unnenberg; Emil Kohl, Frömmersbach; Albert Schirp, Unnenberg; Rob. Bockemühl, Frömmersbach; Wilhelm Hahne, Becke; Carl Gries, Hömel; Joh. Claus, Peter Oberndorf, Gummersbach; Rich. Ronneberger, Windhagen; Rud. Rövenstrunk, Carl Cramer, Aug. Coors, Wilhelm Holthaus, Wilhelm Stutz, Gummersbach; Carl Jünger, Windhagen; Wilh. Bockemühl, Frömmersbach; Adolf Bosch, vor der Lope; Wilh. Borberg, Remmelsohl; Fritz Schumacher, Otto Schirp, Gummersbach; Aug. Borberg, Becke; Carl Kusenberg, Remmelsohl; Wilh. Hahn sen., Jos. Thelen, Gummersbach; Johann Neuhoff, Lindenstock; Wilh. Peter, Mühle; Chr. Enders, Gummeroth; Otto Bleikert, Albert Weyland, Unnenberg; Aug. Brensing, Niederfeßmar; Ewald Gomann, Frömmersbach; Albrecht Nachfolger, Wilhelm Rothstein, Gummersbach; Albert Schirp, Unnenberg; Georg Meyer, Wasserfuhr; Aug. Barth, Derschlag; Wilh. Heidbreder, Feldhof; Rob. Holtmann, Gummersbach; Gustav Horn, vor der Hardt; Hermann Timper, Gummersbach; Wilh. Brambach, Rospe; Carl Lenz, Rebbelroth; Wilhelm Gries, Hermann Pack, Vollmerhausen; Wilhelm Brelöhr, Wilhelm Baltes, Frömmersbach; Ernst Hund, Reininghausen; Carl Vetter, Carlskamp; Carl Rau, Bünghausen; Ernst Baltes, Frömmersbach, Carl Nohl, Kleinenbernberg; Aug. Flick, Gummersbach; Otto Gries, Dieringhausen; Gustav John, Kleinenbernberg; Gust. Petermann, Rospe.
b) seitens der Arbeitgeber: Carl Bubenzer, Gummersbach; Ernst Bubenzer, Derschlag; F. W. Siebel, Rudolf Siebert, Carl Thiel, Friedr. Schenk, Carl Bockhacker, Gummersbach; F. W. Schönedorn, Windhagen; H. W. Prinz, Dieringhausen; Fritz Huland, Gummersbach; Emil Lenz, Reininghausen; Willy Sondermann, Gummersbach; Paul Haeger, Ewald Branscheid, Derschlag; Hugo Winkel, Wilhelm Weiland, Gummersbach; Eugen Sondermann, Becke; Eugen Krawinkel, Guido Heuser, Friedr. Brockhaus, Carl Krihler, Otto Köster, Leo Schnabel, Carl Pellenz, Franz Heuser, C. H. Steinmüller, Franz Liebahn, Franz Bürger, Ewald Pickhardt, Ernst Pickhardt jr., Joh. Linden, Friedr. Rothstein, Eugen Lehnhof, Gummersbach; P. W. Lenz, Frömmersbach; Carl Brüning, Emil Heuser, Wilhelm Kopperberg, Hermann Schmidt, Albrecht Schnabel jr., Emil Jennes, Gummersbach; Peter Sondermann, Niederfeßmar; Emil Merten, Windhagen; W. Albrecht, Lehr. Steinmüller, A. Sondermann, Max Siebert, Fritz Wetzlar, Gummersbach,
Gummersbach, den 13. Januar 1910.
Der Vorstand.

Haben Sie Interesse
sich mit einer einmaligen Kapitalanlage von 400 Mk. eine sichere und reelle Existenz zu gründen, bei der Sie
jährlich 4000 bis 6000 M.
verdienen, dann schreiben Sie umgehend unter F. 910 an die Exped. dsr. Zeitung.

Offerten.
Jedem Brief, jeder Postkarte oder Drucksache,
welche durch die Expedition dieses Blattes dem Aufgeber einer Chiffre-Annonce (G. Z. Nr. . . . .) übersandt werden soll, ist der Betrag von 10 Pfg. (Gebühren für die Weiterbeförderung) beizufügen. Dazu benutzte Marken wolle man nur leicht befestigen.

Freibank Niederfeßmar.
Samstag, den 15. d. Mts., morgens 8 Uhr:
Verkauf von minderwertigem Rindfleisch.
Die Schlachthofdirektion: Woldt.

Die **Sparkasse in Wiehl** verzinst alle Einlagen mit **3¾ %**
Einlagen werden auch durch die Post entgegengenommen.
Garantiegemeinden sind: Drabenderhöhe, Wiehl, Nümbrecht und Marienberghausen.
Die Sparkasse ist vom Herrn Regierungspräsidenten zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt.

Solider Beamter, Ende 20er, 15 000 M. Verm., wünscht auf d. W. Bek. mit häusl. erzog. Dame zwecks spät. Heirat.
Offerten erbeten unter **C. B. 1910 postlagernd Schalksmühle.**

Schläf. Bettstelle m. Matratze u. 1 Kinderwagen zu verkaufen in **Oelchen No. 4** bei Osberghausen.

Kriegshund-Rüde
im 4. Monat, selten schönes munteres und kluges Tier verkauft billigst
Wilh. Wernscheid Frömmersbach bei Gummersbach.

Zum baldigen Eintritt wird ein besseres, tüchtiges
Mädchen
für Küche und Haushalt in kl. Restaurant nach Hagen gesucht. Angenehme Stelle bei hohem Lohn.
Zu erfragen **Konditorei Schmalenberg, Gummersbach.**

In besserem Haushalt erfahrenes ev.
Mädchen
gegen hohen Lohn gesucht. (Ins Aggertal).
Angebote unter **B. V. 130** an die Expedition d. Ztg.

Stiller oder tätiger Teilhaber
zur Vergrößerung eines Baugeschäftes mit 5—10000 Mark Kapital gesucht.
Schr. Off. unt. **M. G. Z. 13** an die Exp. dsr. Ztg.

Suche auf sofort
4—5 tüchtige Steinschläger
C. Pickhardt Dümmlinghausen.

Zuverlässiges, erfahrenes
Mädchen,
welches kochen kann, in kleinen Haushalt zu Betri oder später nach Cöln gesucht. Hoher Lohn, Wäsche außer dem Hause.
Offerten an die Exp. ds. Bl. unter **A. L. 20.**

Suche ein in allen häuslichen Arbeiten erfahrenes
Mädchen
welches in besseren Häusern gewohnt hat und kochen kann.
Frau Justizrat Howahrde Gummersbach.

Jüngeres, besseres, evang. Mädchen
für herrschaftlichen Haushalt zur Hülfe des vorhandenen, tüchtigen Mädchens sucht
Frau Direktor Kayseler Cöln-Marienburg Ulmen-Allee 106.

Für ein Kolonialwaren-, Farb- und Drogen-Geschäft wird per bald ein
Lehrmädchen
mit guter Schulbildung nach Hückeswagen gesucht.
Offerten unter **B. G. Z. 14** an die Exp. erbeten.

Suche zum 1. Februar ein
junges Mädchen
für einige Morgenstunden.
Anzufragen Dieringhausen No. 11.

Verbündete liberale Parteien.

Allgemeine Wähler-Versammlung zu Windhagen

im Lokale von W. Viebahn am **Freitag, den 14. ds. Mts.**, abends 8½ Uhr.

Den Hauptvortrag hält Herr

Liebscher.

Im Anschluß an diesen Vortrag: **Freie Aussprache für jedermann.**

Um zahlreichen Besuch bitten

die Vorstände.

Lesegesellschaft zu Gummersbach.

Sonnabend, d. 15. Januar 1910, 8½ Uhr
Hotel Thiel.

Projektionsvortrag

von Herrn Rud. Cronau aus New-York

„Eine Fahrt durch die Wunderländer der neuen Welt"

illustriert durch 120 Lichtbilder. Yellowstone-Park, Yosemite-Tal.
Preise der Plätze: an der Abendkasse I. Platz M. 1,25, II. Platz M. 1,— Schüler M. 1,— und M. 0,75.

Im Vorverkauf in der Buchhandlung von Ed. Krüger: I. Platz Mk. 1,—, II. Platz Mk. 0,75. Schüler I. Platz M. 0,75, II. Platz M. 0,50 M.

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der Jagd in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke der Gemeinde Wipperfürth, bestehend aus 11 Jagdbezirken, zur Größe von 105 bis 498,06 ha soll auf die Dauer von neun Jahren, beginnend mit dem 1. Februar 1910:

am Montag, den 31. Januar 1910, nachmittags 3 Uhr im Saale des Wirts Emil Braun, hierselbst, Marktstraße 10 (früher Baumbicker) öffentlich meistbietend erfolgen.

Der auf den 24. ds. Mts. im Gasthaus zum „Brunnen" angesetzte Termin findet nicht statt.

Die Bedingungen nebst Beschreibung der Grenzen der einzelnen Bezirke können auf dem Amte des Unterzeichneten eingesehen bezw. gegen eine Gebühr von 1 M. erworben werden, sie werden auch im Termine bekannt gegeben.

Wipperfürth, den 12. Januar 1910.

Der Jagdvorsteher:
Velder,
Bürgermeister.

Am Sonntag, den 16. Jan., findet bei mir

Ball

statt, wozu ich freundlichst einlade.

Carl Lichtinghagen.
Marienheide,
den 14. Januar 1910

Zur Kaiser-Geburtstagsfeier 1910.

Hervorragende **Neuheiten** in

Kaiser-Menukarten
Kaiser-Tischkarten

soeben eingetroffen.

Buch- und Steindruckerei
Friedr. Luyken (W. Albrecht) G. m. b. H.
Gummersbach.

Windhagener Kriegerverein.

Am Sonntag, den 16. Jan., um 6 Uhr, findet

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
Kaisers Geburtstag.
Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gebrauchter

Gleichstrommotor

2½—3 PS., für 220 Volt Spannung, zu kaufen gesucht.
Friedr. Luyken (W. Albrecht)
G. m. b. H.,
Gummersbach.

Die

Sparkasse zu Bergneustadt

(mündelsicher) verzinst sämtliche **Einlagen** mit

3¾ pCt.

und nimmt solche auch durch die Post entgegen.

---

1 neuer Landauer, 2 neue Dogcarts, 1 leicht. Reklamewagen, 1 gebr. Halbverdeck, mehrere neue u. gebr. Bäcker- u. Metzgerwag. s. gut erh., 1 leicht. Flachwag., 1 leicht. Geschäftsschlitten, und 4 sitz. Schlitten billig zu verkaufen.
Gust. Schäfer, Wagenfabrik
Remscheid, Ludwigstr.

Verbündete liberale Parteien.

Allgemeine Wähler-Versammlung zu Marienberghausen

im Stöcker'schen Saale am **Sonntag, den 16. Januar,** nachmittags 4 Uhr.

Den Hauptvortrag hält Herr

Chefredakteur Bacmeister

Im Anschluß an diesen Vortrag: **Freie Aussprache für jedermann.**

Um zahlreichen Besuch bitten

die Vorstände.

Wegeeinziehung.

Der südlich der Mühlenstraße gelegene Teil des ehemaligen Gemeindeweges von Mühlenseßmar nach Lindenstock soll von Parzelle 611/126 bezw. 1105/242 bis 1004/174 bezw. 488/181 eingezogen werden.

Dieses Vorhaben wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, Einsprüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Wegepolizeibehörde geltend zu machen.

Gummersbach, den 13. Januar 1910.

Die Wegepolizeibehörde:
Dr. Barth.

Reichstagswahl.

Auf Grund des § 8 des Reglements v. 28. 5. 1870 / 28. 4. 1903 zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Stadtgemeinde Bergneustadt behufs Wahl eines Abgeordneten für den Reichstag an Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Herrn De Witt drei Wahlbezirke bildet.

Der erste Wahlbezirk umfaßt von der Stadtgemeinde Bergneustadt die Straßen: Bahnstraße, Brückenstraße, Cölnerstraße, Friedhofstraße, Karlstraße, Mühlenstraße, Ohlstraße, Südstraße, Weststraße und Wiesenstraße und die Ortschaft Schönenthal. Wahlvorsteher ist Herr Beigeordneter Kaufmann zu Bergneustadt, Stellvertreter der unterzeichnete Bürgermeister. Das Wahllokal ist im Hause des Herrn Hotelbesitzers Georg Stöppelkamp zu Bergneustadt.

Der zweite Wahlbezirk umfaßt von der Stadtgemeinde Bergneustadt die Straßen: Bergstraße, Burgstraße, Feldstraße, Gasstraße, Hauptstraße, Herweg, In der Leiz, Kampstraße, Kirchstraße, Steinstraße, Talstraße, Wallstraße, Wasserstraße, Wiedeneststraße, und Wilhelmstraße. Wahlvorsteher ist Herr Beigeordneter Mermagen zu Bergneustadt, Stellvertreter Herr Stadtverordneter Wilhelm Bohle zu Bergneustadt. Das Wahllokal ist im Hause des Herrn Gastwirtes Bernhard Meuer zu Bergneustadt.

Der dritte Wahlbezirk umfaßt die Ortschaften Hackenberg, Leienbach, und Klöster. Wahlvorsteher ist Herr Stadtverordneter Ernst Hollmann zu Hackenberg, Stellvertreter Herr Landwirt Ernst Brand zu Leienbach. Das Wahllokal ist im Hause des Herrn Wahlvorstehers Hollmann.

Gleichzeitig mache ich bekannt, daß die Wählerlisten von Montag, den 17. Januar 1910 an acht Tage lang zu jedermanns Einsicht auf dem hiesigen Rathause offen liegen und nur diejenigen zur Teilnahme an der Wahl berechtigt sind, deren Namen in den Wählerlisten eingetragen sind. Es liegt daher im Interesse jedes Wahlberechtigten, sich davon Gewißheit zu verschaffen, daß sein Name in der Wählerliste auch wirklich enthalten ist. Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies gemäß § 3 des Wahlreglements innerhalb 8 Tagen nach Beginn der Offenlage bei dem Unterzeichneten schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen.

Die Wahl findet am 15. Februar 1910 statt. Die Wahlhandlung beginnt Vormittags 10 Uhr und endet Nachmittags 7 Uhr.

Die Wähler werden hiermit zur Wahl eingeladen und auf § 19 des Wahlreglements aufmerksam gemacht, welcher bestimmt:

Ungültig sind:

1. Stimmzettel, welche nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag, oder welche in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier sind;
3. Stimmzettel, welche auf eine nicht wählbare Person lauten;
4. Stimmzettel, welche mit einem Kennzeichen versehen sind;
5. Stimmzettel, welche keinen, oder keinen lesbaren Namen enthalten;
6. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
7. Stimmzettel, welche Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten.

Die Umschläge für die Stimmzettel werden in jedem Wahllokal vom Wahlvorstande verabfolgt werden.

Zur Stimmabgabe können nur diejenigen zugelassen werden, welche in die Wählerliste aufgenommen und am 15. Februar 1910 mindestens 25 Jahre alt sind.

Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

1. Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen;
2. Personen, über deren Vermögen Konkurs- oder Fallitzustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Konkurs- oder Fallitverfahrens;
3. Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten, der Wahl vorhergehenden Jahre bezogen haben. Als Armenunterstützung sind nicht anzusehen:
   a) die Krankenunterstützung;
   b) die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege;
   c) Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf;
   d) sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistung zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind;
   e) Unterstützungen, die erstattet sind;
4. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind;
5. nichtdeutsche Reichsangehörige.

Bergneustadt, den 30. Dezember 1909.

Der Bürgermeister: Eigen.

Verbündete liberale Parteien.

Allgemeine Wähler-Versammlung zu Strombach

im Lokale des Herrn Carl Brensing am **Sonntag, d. 16. Januar,** nachmittags 4 Uhr.

Den Hauptvortrag hält Herr

Chefredakteur Jung.

Im Anschluß an diesen Vortrag: **Freie Aussprache für jedermann.**

Um zahlreichen Besuch bitten

die Vorstände.

Theater lebender Photographien.

Adolf Heinrich, Röckelseßmar.

Die Vorführungen finden von jetzt ab jeden **Samstag** und **Sonntag** von nachmittags ½4 Uhr ab statt, mit wöchentlich wechselndem Programm.

Samstag v. 4–7 Uhr **Schülervorstellungen.**
Schüler zahlen auf **allen** Plätzen **nur 15 Pfg.**

Gummersbacher Turnverein.

Dienstag abend 9 Uhr

Monatsversammlung

im Vereinslokal.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

der Vorstand.

½9 Uhr

Vorstandsversammlung.

Dampfwasch- u. Bügelanstalt

Eugen Stoem,

Fernsprech-Nr. 181. Rospe-Gummersbach. Fernsprech-Nr. 181

Uebernahme sämtlicher Haus-, Hotel-, Damen- und Herren Wäsche.

Spezialität: **Gardinen-Wäscherei u. Spannerei.**

Ausführung der Wäsche je nach Wunsch, entweder **schrankfertig,**

oder gewaschen, geblecht und getrocknet, wobei glatte Wäsche gemangelt und gefalten wird,

oder gewaschen, geblecht u. centrifugiert (halbtrocken).

Centrifugierte, halbtrockene Wäsche wird nach Trockengewicht billigst berechnet.

Die besten Einrichtungen, eine große Rasenbleiche garantieren schonendste Behandlung und tadellose Ausführung der Wäsche.

Abholung und Wiederzustellung in einigen Tagen durch eigene Fuhre.

Kleinere Ausbesserungen der Wäsche werden auf Wunsch gern übernommen.

Preislisten stehen frei zur Verfügung.

Besichtigung gerne gestattet.

Annahmestellen für kleinere Posten in:

Niedersessmar bei Herrn **Aug. Kusenberg,**
Vollmerhausen „ „ **Carl Schöneborn,**
Dieringhausen „ Frau **Ida Hund,**
Osberghausen „ Herrn **Fr. Ley.**

Gesucht

wird eine möblierte Wohnung, 1–2 Zimmer, Küche. Auch außerhalb. Hauptsache Sauberkeit. Gefl. Offerten unt. G. Z. 90 a. d. Exp. d. Ztg.

Möbliertes Zimmer,

wenn möglich mit Pension, gesucht. Offerten unter **O. M. 20** an die Exp. d. Bl.

Kinderloses Ehepaar sucht sofort (Nähe der Stadt) eine

Wohnung

von 2—3 Zimmern.

Näheres zu erfr. in der Exped. d. Ztg.

Ein schöne

3 Zimmer-Wohnung

an alleinst. Damen oder oder älteres Ehepaar jetzt oder später zu vermieten. Von wem sagt die Exp.

Gummistempel jeder Art
schnell und billig
liefert Luykensche Buch- u. Papierhdlg. Mahlo

Wohnung

von 3 Zimmern an ruhige Familie in Nebbelroth zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. d. Ztg.

Sternwoll-Sportkleidung
aus Schneestern-Wolle

Interessante Beschäftigung, auch für Ungeübte!

Jedem Schneestern- und Golfstern-Paket liegt eine genaue Strickanleitung nebst Zeichnungen bei, um ganze Kostüme, Jackets, Rock, Sweaters, Muff und Mützen etc. selbst zu stricken.

Billig, modern und elegant!

Sternwoll-Strumpf- u. Sockengarne
in allen Preislagen.

Wo nicht erhältlich weist die Fabrik Grossisten und Handlungen nach.

Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei, Altona-Bahrenfeld

---

Verbündete liberale Parteien.

Allgemeine Wähler-Versammlung zu Dümmlinghausen

im Lokale W. Nohl am **Sonntag, den 16. Januar,** abends 8 Uhr.

Den Hauptvortrag hält Herr

Chefredakteur Jung.

Im Anschluß an diesen Vortrag: **Freie Aussprache für jedermann.**

Um zahlreichen Besuch bitten

die Vorstände.

Die Finanzpolitik der Zukunftsstaatler.

Die Tatsache, daß der „rote Preußentag" die Genossen aufs neue an den Schnapsboykott hat erinnern müssen, weil es denn doch viel schwerer hält, diesen Boykott durchzuführen als irgend einen andern, zeigt wiederum, daß die Sozialdemokratie zum Kampfe gegen den Alkoholismus mit um deswillen so wenig befähigt ist, weil die Abgaben vom Alkohol eine bedeutende Rolle in der Finanzpolitik der Zukunftsstaatler spielen. Mögen sie theoretisch noch so sehr alle indirekten Steuern verdammen, wenn der Staat sie erhebt! — tatsächlich lebt ihr eigenes Parteigebilde in recht beträchtlichem Umfange von einer Art indirekter Abgaben, und zwar gerade vom Alkohol.

Wie steht die Sozialdemokratie offiziell überhaupt zur Alkoholfrage?

Zum ersten Male hat sich 1907 in Essen der sozialistische Parteitag wirklich eingehend mit der Alkoholfrage beschäftigt, nachdem die Parteileitung einer gründlichen Erörterung dieses Themas lange Zeit vorsichtig aus dem Wege gegangen war. Zweifellos bildet der Alkoholismus für das Proletariat ein außerordentlich wichtiges Thema. Eine Partei, die wirklich die Arbeiterinteressen vertreten will, kann schwerlich umhin, den Arbeitern Aufklärung zu geben über die Gefahren des Alkoholismus. Wenn gleichwohl die Erörterungdieses Themas der sozialdemokratischen Parteileitung so unbequem ist, so dokumentiert sich darin an einem ganz typischen Beispiel der tiefe Zwiespalt zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis, zwischen vitalen Arbeiterinteressen und parteitaktischen Agitationsbedürfnissen.

Die Debatte auf dem Essener Parteitag hatte bewiesen, daß auch in der Alkoholfrage die theoretischen Ziele der Sozialdemokratie und die praktischen Anforderungen der Agitation in krassem Widerspruche zu einander stehen. Theoretisch bekämpft die Sozialdemokratie den Alkoholismus, weil sie als Arbeiterpartei erkennen muß, wie schwer er die Arbeiter schädigt. Praktisch aber braucht sie ihn geradezu, weil er zur Proletarisierung beiträgt, weil er in den Parteiversammlungen die nötige Begeisterung weckt, und weil die Parteifunktionäre großenteils als Gastwirte ihren Lebensunterhalt finden, die Schankstätten auch besonders geeignete Gelegenheit zur Einzelagitation abgeben.

So blieb denn der Parteileitung nichts anderes übrig, als in Essen eine Resolution durchzudrücken, für die es wohl keine andere Ueberschrift gibt als die: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! Um die praktische Bekämpfung des Alkoholismus wurde in weitem Bogen herumgegangen. Man spielte Versteck, indem man alle erdenklichen anderen sozialistischen Probleme in den Vordergrund schob und begnügte sich mit rein theoretischen Auslassungen, vermied aber wohlweislich alles, was den Interessen der Parteibudiker, der bei Entfachung politischer Begeisterung der alkoholischen Nachhilfe bei den Zuhörern bedürftigen Volksredner und der Veranstalter sozialdemokratischer Instruktionsstunden mit Alkoholbegleitung, genannt „Zahlabende", zuwiderlaufen könnte.

Nach dem vorsichtigen Verfahren des Essener Parteitages hat zwei Jahre später der Leipziger Parteitag den Schnapsboykott beschlossen, der damals vom „Vorwärts" in jubelnden Tönen bezeichnet wurde als „politischer Kampf und Kulturkampf".

„Den giftigsten, den gefährlichsten und mächtigsten Gegner des Proletariats, das ostelbische Fuseljunkertum soll der Schnapsboykott, den der Parteitag in eindrucksvoller Kundgebung — einstimmig und unter jubelndem Beifall der Delegierten und der Zuhörer — beschloß, an seiner empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, treffen. Und mit ihm seinen Verbündeten, das Zentrum, und sein Werkzeug, die Regierung. Eine Steuerverweigerung, der sich der Klassenstaat mit all seinen gewaltigen Machtmitteln nicht zu erwehren vermag, hat das Parlament der deutschen Arbeiter beschlossen, eine direkte Aktion, die die Massen zum unmittelbaren Kampfe gegen ihre Feinde führen soll. Die alte Waffe des Boykotts soll auf neuem Schlachtfelde, auf politischem Kampfterrain, geschwunden werden. Die einmütige Aufnahme, die dieser aus kleinen Anfängen schnell erstarkte Gedanke in der höchsten Vertretung des klassenbewußten Proletariats fand, zeugte dafür, daß diese Waffe — so schrieb damals der „Vorwärts" — nicht umsonst aus der Scheide fliegen würde. Der Leipziger Parteitag hat den Junkern eine Fehde angesagt, die zäh durchgefochten werden und nur mit schwerem Verlust auf der Seite der Feinde ausgehen soll . . ."

Wer die Finanzpolitik der sozialdemokratischen Partei kennt mußte von vornherein im Zweifel sein, ob es — ganz abgesehen von den Gewohnheiten des einzelnen Genossen — leicht sein könnte, den Schnapsboykott wirklich durchzuführen. Schon die Gewohnheiten des einzelnen konnten sich gerade hier wirksamer erweisen als die sonst so wirksame sozialdemokratische Parteidisziplin. Noch wichtiger vielleicht ist aber daß die Partei selbst gar nicht in der Lage scheint, in diesem Falle die Disziplin mit vollem Nachdruck zur Anwendung zu bringen, und zwar eben aus finanzpolitischen Gründen. Viele Tausende von Parteibeamten leben ja als Budiker und beziehen von der Partei kein direktes Gehalt, sondern erhalten als Ersatz die Möglichkeit indirekter Besteuerung der Genossen, die ihnen regelmäßig nicht nur durch die „Zahlabende", sondern auch durch den grundsätzlichen Boykott nichtsozialdemokratischer Lokale zugeführt werden. Versuchte die Parteileitung mit aller Strenge der Parteidisziplin den Schnapsboykott durchzuführen, so würden alle diese Parteibeamten, mit denen die Möglichkeit indirekter Besteuerung der Genossen so sehr beschnitten wird, darauf angewiesen sein, an die Parteileitung heranzutreten mit dem dringlichen Verlangen nach einer großen — „Beamtenbesoldungsvorlage" im sozialdemokratischen Parteiparlament! Und die Mittel für die „Beamtenbesoldung" müßten dann durch „direkte Steuern", d. h. durch erhöhte Beiträge der Genossen aufgebracht werden! Davor schrickt man begreiflicherweise zurück, weil ohnehin die Genossen ihr Geld bei den Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterfachverbänden praktischer verwaltet wissen als bei der Partei und der „Doppelbesteuerung" wenig freundlich gegenüberstehen.

So bleibt es also in der sozialdemokratischen Praxis bei dem, was man gegenüber dem Staate in der sozialdemokratischen Theorie so entschieden verdammt: nämlich bei reichlicher Anwendung des Systems indirekter Besteuerung und bei scheuer Furcht vor der Ausdehnung der direkten Steuern!

□ Eine Aufgabe für den Hansebund.

Die Leitung des Hansabundes scheint rege an der Arbeit zu sein, und auf den verschiedensten Gebieten die Lösung praktischer Aufgaben in Angriff genommen zu haben. Es ist ganz klar, daß nicht von heute auf morgen alle Wünsche befriedigt werden konnten. In der Zeit, in der zunächst der Ausbau der inneren Organisation zu besorgen war, mochte es ungeduldigen Freunden der neuen Bewegung scheinen, die dies selbstverständlich übersahen, manchmal scheinen, als ob die Leitung nicht rührig genug wäre; die letzten Monate aber haben gezeigt, daß tatsächlich nicht nur die großen Organisationsarbeiten durchgeführt sind, sondern auch eine Fülle anderer praktischer Arbeiten in Angriff genommen ist. Immerhin mag diese oder jene besondere Anregung noch am Platze sein; und so möchten wir denn auf die Wünschenswerte weitere Ausarbeitung eines hervorstechenden Punktes in den „Richtlinien" des Hansabundes hinweisen.

In diesen Richtlinien war unter anderm auch davon die Rede, daß der Hansabund im Interesse aller Erwerbs- und Berufsstände für die Reform der Verwaltung im Sinne der Vereinfachung und Verbilligung und der Beseitigung des Bielzuviel-Regierens hinwirken wolle. Uns ist gerade dieser Programmpunkt besonders zeitgemäß und zugkräftig erschienen, um so mehr, als in diesem Punkte ja eben die Interessen aller Erwerbs- und Berufsgruppen durchaus übereinstimmen.

Der Hansabund erwürbe sich unseres Erachtens ein großes Verdienst, wenn er in Ergänzung des betreffenden Punktes seiner Richtlinien praktische Vorschläge für die Verwaltungsreform — vielleicht durch eine eigens zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission seines Gesamtausschusses — ausarbeiten und der Oeffentlichkeit unterbreiten ließe. Der Kampf um eine gesunde Verwaltungsreform muß und wird für die nächsten Jahre die gleiche Bedeutung für unser ganzes politisches Leben erlangen wie ehedem der Kampf um eine gesunde Reichsfinanzreform. Im Kampfe gegen eine ungesunde Reichsfinanzreform ist der Hansabund geboren; im Kampfe für eine gesunde Reichsfinanzreform möge er sich bewähren!

Nationalliberale Ausblicke auf 1910.

Es hat immer an der Jahreswende Leute gegeben, die leichtgläubigen Zeitgenossen einreden möchten, daß die im alten Jahre vergeblich erhoffte „Wende zum Besseren" nunmehr tatsächlich im Anzuge sei. Nach deren politischem Sinn wird das Bartuch, das die abgeschiedene Zeitspanne zudeckt, wie ein Schleier der Vergessenheit auch über die Kampfstimmung der vergangenen Tage sich breiten. Konservative und Nationalliberale würden zu einträchtiger Arbeit wieder aneinander heranrücken und dadurch der Regierung die Möglichkeit bieten, die Geschäfte fortzuführen, ohne in allen Fällen nach dem Zentrum hinüberzuschielen. Die Wahrscheinlichkeit, daß das geschieht, ist nicht groß. Selbst wenn die liberalen Parteien zu erheblichen Opfern auf Kosten ihrer Ueberzeugungen geneigt wären, so könnten sie im gegebenen Zeitmoment doch den Rufen zur „Sammlung" nach rechts hin nicht nachgeben, ohne ihre eigenen Lebensinteressen zu gefährden.

Die politischen Vorgänge des letzten Sommers sind eben nicht eine kurzlebige Episode gewesen, über die trotz ihres aufwühlenden Charakters die Oberfläche binnen kurzem sich wieder glättet, sondern haben Triebe und Triebkräfte enthüllt, die nach Höherem trachten als nur die „Steuerordnungen" aufs Trockene zu retten. Die agrarkonservativen Kreise fühlten sich in ihrer Stellung bedroht durch etliche bescheidene Zugeständnisse der Regierung an die liberalen Blockfreunde und waren von Mißtrauen erfüllt gegen den „agrarischen" Reichskanzler, weil dieser angeblich liberalisierenden Anwandlungen sich hingab. Auf dem Altar konservativer Parteitaktik mußte daher das lästig gewordene Blockverhältnis geopfert werden. Die Aufkündigung des Blocks war unter solchen Umständen ein wohl überlegter Schachzug. Der klug ersonnen und geschickt durchgeführte Plan ist zwar geglückt, die kecke Herausforderung aller liberalen Elemente in der Nation hat aber einen Sturm heraufbeschworen, den einige freundliche Worte nicht zu beschwichtigen imstande sind. Des Ausgang der Finanzdebatten hat Verdrossenheit erzeugt, das Hervortreten des neuen konservativ-klerikalen Blocks hat diesen Mißmut weiter entfacht. Die liberalen Strömungen treten lauter und dringlicher allemal dann hervor, wenn die nationalen Gedanken im Aufsteigen begriffen sind. In den letzten Amtsjahren des Fürsten Bülow ist die nationale Seite wie z. B. in der Ostmarkenfrage, stärker als früher angeschlagen worden, auch trugen einzelne Gesetzgebungsakte einen modernen Zug an sich. Sollte nun etwa der Umschwung in den politischen Kombinationen infolge der erneuten Annäherung des Zentrums an die Rechte darauf hindeuten, daß eine Abschwächung der nationalen liberalen Ideen sich anbahnen könnte? Die Besorgnis vor einem solchen Wechsel ist nicht leicht auszutilgen und trägt neue Schwingungen in das politische Leben hinein. Gegen die einseitige Förderung der Interessen des Großgrundbesitzerstandes durch den Bund der Landwirte ist der Bauernbund aufgestanden; den rein agrarischen Tendenzen will der Hansabund durch Hervorhebung der Interessen von Handel und Gewerbe entgegenwirken; in allen politischen Parteilagern endlich regen sich Heerrufer, die zum Sammeln um die Parteifahne blasen. Für die Nachwirkungen der vorjährigen politischen Geschehnisse aber ist es kennzeichnend, daß, während unter den Konservativen eine Abfallbewegung Anhänger zu werben sucht, in den liberalen Parteien gerade umgekehrt die Parteigenossen sich enger zusammenschließen. Die freisinnigen und bürgerlichen Demokraten haben in Anbetracht der gespannten innerpolitischen Lage ihren seit langem gehegten Einigungsgedanken endlich verwirklicht und dadurch ihre Aktionskraft wesentlich gestärkt. Die Nationalliberalen werden mit der neugebildeten freisinnigen Volkspartei gute Nachbarschaft halten, ohne mit ihr ein festes Bündnis einzugehen. Daß die Partei ihre Selbständigkeit aufrechterhalten will, ist nach der stolzen Vergangenheit und dem vermittelnden Grundcharakter der Nationalliberalen selbstverständlich. Für sie kann es unter den obwaltenden Verhältnissen weder um eine „Schwenkung nach rechts", noch um einen „Abmarsch nach links" handeln; weder kann sie den Wunsch hegen, gemeinsam mit dem Zentrum im Gefolge der Konservativen aufzumarschieren, noch kann es ihnen genehm sein, mit dem doktrinären Radikalismus grundsätzlich an dem gleichen Strange zu ziehen. Liberale Ehrenpflichten und nationale Lebensaufgaben weisen dem gemäßigten Liberalismus die Trennungsstriche, dort nach rechts, hier nach links.

Die Entfremdung zwischen rechts und links ist die Tatsache, mit der auch die Regierung im neuen Jahre wird rechnen müssen. Die Verschärfung des Dualismus, die sich hierin ausprägt, erschwert in einem Lande, in dem nicht wie in England ein streng parlamentarisches Regiment besteht, das Regieren, denn weder die eine noch die andere Parteirichtung kann allein ans Steuerruder gesetzt werden, vielmehr müssen Licht und Schatten einigermaßen gleichmäßig ausgeteilt werden, und das erregt bei der zurückgesetzten Partei um so mehr Unzufriedenheit, je tiefer die Kluft zwischen hüben und drüben ist. Nun glaubt aber die Regierung über diese Parteiunterschiede hinwegsehen zu können, da, wie der neue Reichskanzler im Reichstage betonte, in Deutschland die Regierung niemals Parteiregierung sein könne. Das ist aus dem Grunde richtig, weil bei der Zerklüftung unseres Parteipesens eine feste Mehrheit im Parlament, die nur auf eine Fraktion sich stützt, nicht vorhanden ist. Doch enthebt die Nötigung, mit wechselnden Mehrheiten die Geschäfte zu betreiben, die Regierung keineswegs

Im Schnee.

Eine Rodelgeschichte von Gerd Harmstorf.

Der Buchhalter Franz Wendepohl strahlte aus allen Fältchen seines verkniffenen Gesichts vor Freude, als er den hochgewachsenen jungen Mann erblickte, der in elegantem Wintersportkostüm auf dem Bahnsteig auf und ab ging. Er war also wirklich gekommen — mit einem leibhaftigen Baron konnte er den Hubermayrs aufwarten! Er stellte sich das Gesicht der Frau Hubermayr vor, wenn er ihr „seinen Freund, den Herrn Baron Sternegg" präsentierte, und sein magerer Körper zitterte vor Wonne. Und wie bedeutend mußte er durch diese Freundschaft in Fräulein Lisbeths Augen steigen! Sie konnte ja nicht ahnen, welche Mühe ihn diese genialste Tat seines Lebens gekostet hatte. Acht Tage lang hatte er sich dem Baron, den er zufällig im Café kennen gelernt hatte, an die Fersen geheftet, acht Tage lang hatte sich der Zufall, daß sie einander auf der Straße, im Café, im Restaurant, ja selbst im Theater begegneten, auf eine geradezu wunderbare Weise wiederholt. Dann erst hatte Herr Wendepohl den Mut gefunden, seinen von Tag zu Tag kühler und reservierter gewordenen „Freund" stotternd und stammelnd zu einer gemeinschaftlichen Rodelpartie aufzufordern. „In Gesellschaft einer befreundeten Familie — der Familie des Rentners Hubermayr", hatte er zaghaft hinzugefügt: sehr zaghaft, denn er las aus der eisigen Miene des Barons ja bereits die ablehnende Antwort. Um so größer war sein Entzücken, als der junge Mann ihm nun ganz im Gegenteil versicherte, daß er mit dem größten Vergnügen an der Partie teilnehmen werde und ihm zum Abschied mit einer Wärme die Hand drückte, wie er sie ihm während der kurzen Dauer ihrer Freundschaft noch niemals gezeigt hatte.

Jetzt saß er elegant, hübsch und vornehm neben Franz Wendepohl in einem Kupee zweiter Klasse, und der Buchhalter fühlte sich wie mit einem Glorienschein umwoben. Mehr und mehr wuchs er vor sich selbst zu einer höchst bedeutsamen Person empor; denn nicht nur, daß er neben ihm saß — der junge Baron entzückte ihn heute auch durch seine Liebenswürdigkeit und Beredsamkeit, die ihn seinerseits in Devotion beinahe vergehen ließ. Und die Wirkung, die endlich auf die Familie Hubermayr — „diese hochmütigen Protzen", wie Wendepohl sie oft heimlich in verzweiflungsvollem Ingrimm genannt hatte — hervorgebracht wurde, war denn auch in der Tat überwältigend, obwohl sie für den Buchhalter einige Ueberraschungen brachte. Heinz von Sternegg hatte dem Ehepaar Hubermayr in der einfachsten und gewinnendsten Weise ein paar Worte der Entschuldigung ausgesprochen, daß er ihnen so ohne weiteres mit seiner Person lästig falle, und Frau Hubermayr hatte daraufhin mit wiederholten Knixen etwas von „hoher Ehre" gestammelt. Dann aber hatte der Herr Baron Fräulein Lisbeth, deren Wangen in einem seltsam dunkeln Rot erglühten, wie einer alten Bekannten die Hand gereicht, und zu Wendepohls grenzenlosem Erstaunen sagte er ungezwungen:

„Zwischen uns, mein gnädiges Fräulein, braucht es ja keiner Vorstellung. Oder sollen Sie sich unserer Begegnungen auf der Eisbahn nicht mehr erinnern?"

Fräulein Lisbeth glühte noch dunkler, und in den Augenwinkeln des Barons spielte irgend ein Teufelchen. Ihre Antwort aber blieb ziemlich unverständlich, und dann gingen sie alle in friedlicher Eintracht den von der Bahnstation um ein gutes Stück Weges entfernten Rodelbahnen zu.

Aber von Minute zu Minute mußte Herr Franz Wendepohl mit heißerem Ingrimm erkennen, daß die weitere Entwickelung der Dinge ganz und garnicht seinen Erwartungen entsprach. Wenn er bisher unter einer etwas herablassenden Behandlung seitens der Familie zu leiden gehabt hatte, so war dieses kränkende Wohlwollen doch noch immer tausendmal besser gewesen, als die vollkommene Nichtbeachtung, die ihm jetzt zuteil wurde. Niemand richtete das Wort an ihn, niemand achtete auf die gelegentlichen schüchternen Bemerkungen, die er in das Gespräch einstreute. Der Baron, der ihm gegenüber so ausnehmend schweigsam gewesen war, bis zu dem Augenblick, da er den Namen des Rentiers ausgesprochen hatte, führte beinahe allein das Wort, und er entwickelte dabei so bürgerlich einfache und vernünftige Ansichten, daß der Rentier selbst mehr und mehr aus der Hochachtung in eine herzliche Vertraulichkeit verfiel. Immer lebhafter wurde das Gespräch, und im Eifer der Unterhaltung geschah es sogar, daß Herr Hubermayr den Baron beim Arm nahm, ohne daß der junge Mann dagegen protestiert hätte. Für Fräulein Lisbeth aber war Wendepohl vollends nicht viel mehr als Luft. Noch niemals hatte er sie so hübsch, noch niemals ihre Augen in einem so strahlenden Glanz gesehen und noch niemals ein so helles Lachen von ihren Lippen vernommen. Das alles aber galt ausschließlich dem Baron — darüber konnte er sich keine Illusionen machen. Ihm hatte sie auf die dreimal wiederholte Frage, wie sie geschlafen hätte, mit der rätselhaften Auskunft „Auf dem Grossesselcher See" geantwortet, und als Wendepohl tollkühn genug war, ihr der Glätte wegen seinen Arm anzubieten, traf ihn ein so hoheitsvoll erstaunter Blick, daß er völlig in sich zusammensank. Gleich darauf aber wandelte Fräulein Lisbeth am Arm des Herrn Barons, und in einer Stimmung, wie er sie trotz der zahlreichen Enttäuschungen seines Lebens noch nicht durchgekostet hatte, trottete Franz Wendepohl hinter den vieren her.

Als das Ziel erreicht war, mietete Heinz von Sternegg einen Schlitten für zwei Personen, und gemeinsam nahmen er und Fräulein Lisbeth darauf Platz, um unter lautem Halloh! die spiegelglatte Bahn hinabzusausen. Verstend vor Neid beobachtete der Buchhalter die Geschicklichkeit des jungen Mannes, mit der er auf der sausenden Fahrt seinen Schlitten lenkte, und nur, um die Beiden nicht aus den Augen zu verlieren, entschloß er sich überhaupt, auf seinem eigenen Fahrzeug hinter ihnen den Berg hinabzugleiten. Da — an einer besonders schwierigen und gefährlichen Kurve, bei der sich der Schlitten vor ihm auf eine geradezu beängstigende Weise schief stellte — bemerkte er, wie dem Baron irgend etwas aus der Tasche glitt, um sich über die Bahn zu verstreuen. Mit aller Gewalt bremste er seinen Schlitten und stieg vorsichtig ab. Eine elegante Brieftasche war es, die der Baron da verloren hatte, und deren Inhalt er nun aus dem Schnee aufsuchen konnte. Dieser Inhalt bestand zum Teil aus Zeitungsausschnitten, die mit Rotstift umrahmt waren, und zum andern Teil aus amtlichen, mit vielen Stempeln bedeckten Papieren. Franz Wendepohl las eins davon — und seine Hände begannen zu zittern und seine Augen fömmlich zu glühen. Er las einen der Zeitungsausschnitte — er überflog eines der Papiere nach dem andern mit den Augen. Dann sah er sich um wie ein Dieb, der auf der Tat ertappt zu werden fürchtet — und als er niemanden gewahrte, barg er den Fund hastig in seiner Rocktasche.

Wenn schon alles für ihn verloren war bei den Hubermayrs — rächen wollte er sich wenigstens für ihren Hochmut — an ihnen und an diesem Herrn „Baron!" —

Heinz von Sternegg hatte sicherlich nichts von seinem Verlust bemerkt, denn er blieb gleichmäßig heiter und unbefangen. Noch etliche Male sausten er und Fräulein Lisbeth die Bahn hinab, und es fiel keinem auf, daß Franz Wendepohl plötzlich aus der lustigen Gesellschaft verschwunden war. Nach zwei Stunden erklärte Frau Hubermayr endlich, daß sie das Stehen im Schnee nicht mehr aushielte, und man machte sich nach dem nächsten Restaurant auf den Weg, eine wohlverdiente Stärkung einzunehmen. Jetzt tauchte der Buchhalter plötzlich wieder an ihrer Seite auf, und von der vorigen Mißstimmung war nichts mehr auf seinen faltigen Zügen zu lesen. Seine Augen leuchteten vor Bosheit, und er ergötzte sich an anzüglichen Scherzen, die er selbst mit meckerndem Lachen begleitete.

Wie man es schon beim Zusammentreffen verabredet hatte, ließ man sich an einem Tisch in dem behaglich durchgeheizten Gastzimmer des „Sternbräu" nieder. Das Bier mundete nach der Kälte draußen allen vortrefflich und Herr Hubermayr versicherte ein über das andere Mal, daß er sich in seinem Leben noch nicht so wohl gefühlt habe, wie heute. Da erschienen in Begleitung eines Gendarmen, dessen Uniform unter den Gästen einiges Aufsehen erregte, zwei ernst blickende Herren in der Tür des Gastzimmers, und nachdem sie sich suchend umgesehen hatten, kamen sie gerade auf den Tisch des Herrn Hubermayr zu. Aber nicht an ihn wandten sie sich, sondern an den Herrn Baron.

„Herr von Sternegg —?" sagte der eine in höflich fragendem Tone. Und als der Angeredete erstaunt bejahte, legitimierte der Fremde sich als Polizeibeamter.

„Ich habe einige Fragen an Sie zu richten", sagte er. „Aber es wäre vielleicht besser, wenn wir uns unter vier Augen sprechen. Darf ich Sie bitten, mich in das Zimmer dort zu begleiten —?"

Er wies auf einen unbenutzten Nebenraum, und der Baron, der sein Erstaunen über das alles nicht verbarg, erhob sich sofort, ihn zu begleiten. Völlig verdutzt blieb die Familie Hubermayr zurück. Fräulein Lisbeth war totenblaß geworden, und der Rentier schlug auf den Tisch, daß die Bierkrüge bedenklich in Unsicherheit gerieten.

„Was soll denn das nun heißen?" grollte er ärgerlich. Da glaubte Franz Wendepohl seine Stunde gekommen. Er richtete sich höher auf, und salbungsvoll erklärte er:

„Es bedeutet, daß wir uns von hohlem Schein haben blenden lassen, meine Herrschaften! — Wir sind einem Hochstapler zum Opfer gefallen, der angebliche Herr von Sternegg ist gar kein Baron, sondern ein erst vor vierzehn Tagen aus dem Gefängnis entlassener ehemaliger Kutscher, der wegen verschiedener Diebstähle und anderer Delikte — — —"

Weiter aber kam er nicht. Sprühender Zorn in den Augen, brachte ihn Fräulein Lisbeth durch eine heftige Bewegung zum Schweigen.

„Das ist nicht wahr!" sagte sie leidenschaftlich. „Das ist schändlich erlogen! — Oh — ich weiß wohl, weshalb Sie ihn verleumden."

Das Angesicht des Buchhalters nahm eine ins Graue spielende Färbung an. Er suchte nach einer möglichst stark verletzenden Antwort; aber noch ehe er sie gefunden hatte, erschien der, von dem die Rede war, wieder im Gastzimmer.

Da geschah etwas durchaus Unerwartetes. Ehe sie jemand hatte zurückhalten können, flog Fräulein Lisbeth dem ehemaligen Kutscher und Dieb entgegen, und einen Augenblick später hing sie an seinem Halse.

„Heinz!" stammelte sie. „Es ist nicht wahr, was sie von dir sagen — sage ihnen doch, daß es schändlich erlogen ist!"

Und der Entlarvte, der durchaus nicht niedergeschmettert aussah, küßte sie unbekümmert um die Anwesenden auf die Stirn. Dann aber machte er sich sanft von ihr frei und trat vor den vor Aufregung kupferrot glühenden Monsieur Hubermayr.

„Herr Hubermayr", sagte er, „ich wollte Sie eigentlich erst in einigen Wochen um die Hand Ihrer Tochter bitten, wenn ich mein Staatsexamen gemacht hatte; aber die Ereignisse sprechen ja nun für sich selbst. — Im übrigen hat sich hier ein drolliges Mißverständnis aufgeklärt. Meine Tante nämlich, die eine sehr wohltätige Frau ist, befindet sich im Vorstand des Vereins, der sich entlassener Strafgefangener annimmt. Sie hatte mich gebeten, ihr die Papiere eines ehemaligen Kutschers Kreitling zu verschaffen, für den sie eine Anstellung ausfindig gemacht hat, nachdem der Mann vor vierzehn Tagen aus dem Gefängnis entlassen wurde. Diese Papiere hatte ich bei mir, und sie kamen in die Hände der Polizei, nachdem ich sie beim Modeln verloren haben muß. Der Herr Kommissär hier bat mich um Aufklärung, die er auf eine Anzeige hin — — aber wohin wollen sie denn so eilig Herr Wendepohl?"

Mit unverständlich gemurmelten Worten hatte der Buchhalter sich erhoben, um hastig nach seinem Mantel zu greifen. Er sah wahrhaft mitleiderregend aus, und es machte denn auch niemand den Versuch, ihn zu halten, als er sich hastig entfernte.

Heinz von Sternegg aber hatte noch eine längere Auseinandersetzung unter vier Augen mit dem Rentier Hubermayr, die wohl zu vollkommener Aufriedenheit ausgefallen sein mußte. Denn eine Viertelstunde später standen neben dem Tisch die beiden einzigen Sektflaschen, die der Wirt im Keller gehabt hatte — und beim Leeren des ersten Glases küßte der Herr Baron Fräulein Lisbeth zum zweiten Mal, diesmal aber auf den schwellenden jungen Mund.

Vom Zwange, Anlehnung bald hier bald dort zu suchen, um ihre Vorlagen überhaupt ans Ziel zu bringen. Die Heranziehung der einzelnen Parteien ist also unerläßlich für den Fortgang der gesetzgeberischen Arbeiten, und in der Art und Weise, wie diese Absicht verwirklicht wird, prägt sich auch das Parteitreiben aus. Ein rein objektiver Standpunkt über den Parteien dürfte mithin auf die Dauer unhaltbar sein, falls die Regierung nicht sorgsam vermeidet, Prinzipienfragen anzuschneiden. Diesen Weg will aber die Regierung zunächst beschreiten — mit welchem Erfolge, ist schwer vorauszusagen. Die Stellungnahme der Parteien kann in wichtigen Lebensfragen nicht auf einen einheitlichen Grundton gestimmt werden, weil in ihnen verschiedene Weltanschauungen nach Gestaltung ringen. Zwischen den konservativen Elementen, die einer Beharrung auf dem Bestehenden das Hauptgewicht beimessen, und den entschieden liberalen Elementen, die in allen Richtungen eine fortschrittliche und freiheitliche Entwickelung anstreben, kann ein Ausgleich nur von Fall zu Fall, durch Entgegenkommen und Nachgiebigkeit bewirkt werden. Die Nationalliberalen aber als Mittelspartei sind berufen, die Richtlinien zur Verständigung abzustecken, und sie werden das um so eher tun können, als sie bei aller Treue zu den liberalen Prinzipien den nationalen Gedanken allzeit hochgehalten haben und vom Boden verständiger Realpolitik nicht abirren, indem sie sich mit dem begnügen, was zurzeit erreichbar ist.

Karl Weydekamp, Iserlohn.

Rheinland-Westfalen.

-g. Gummersbach, 14. Jan. In der Generalversammlung des Gummersbacher Kriegervereins, die Sonntag den 9. d. M. im Vereinslokale stattfand, wurde unter anderm auch über die finanzielle Lage der Kriegersterbekasse eingehend Bericht erstattet. Das abschließende Ergebnis der Vereinsperiode war ein so glänzendes, daß wir nicht umhin können, die wichtigsten Tatsachen der Oeffentlichkeit zu übergeben. Am 1. Juli 1906 betrug das Gesamtvermögen der Kriegersterbekasse 5629,95 Mark; bis zum Januar 1910 mehrte sich der Besitzstand auf 9411,15 Mark. In 3½ Jahren vergrößerte sich also das Barvermögen um 3781,20 Mark. Diesem Zuwachs entspricht eine jährliche Steigerung von 17,41 Prozent. Wenn wir in Betracht ziehen, daß in der Summe von 3781,20 Mark ein Geschenk der Herren Offiziere und Kameraden von 1000 Mark inbegriffen ist, der natürliche Zuwachs also nur 2781,20 Mark beträgt, so entspricht dieser Summe immerhin eine jährliche Vermehrung des Kassenbestandes um 14,11 Prozent, ein Resultat, daß bei natürlichem Entwicklungsgange ein anderer Verein so leicht nicht aufweisen kann. Die Summe von 2781,20 Mark weist eine jährliche Ersparnis von 800 Mark nach, eine Tatsache, die bis zum Jahre 1912 den Kassenbestand auf 11 000 Mark erhöhen wird. Dieses Vermögen der Kriegersterbekasse bringt bei 4 Prozent einen jährlichen Zinsgenuß von 440 Mark sodaß in der ersten Generalversammlung 1912 der Beschluß gefaßt werden könnte, das Sterbegeld von 60 auf 100 Mark zu erhöhen. Bei normalem Entwickelungsgange dürften in weiteren 5 Jahren abermals etwa 3000 Mk. eingespart sein, deren Zinsertrag von 120 Mark auf die bisherige Durchschnittszahl von 4 Sterbefällen verteilt eine weitere Erhöhung des Sterbegeldes auf 130 Mark zuläßt. Diese Steigerungen der Nutznießungen um immer 30 Mark könnten 1917, 1922 pp., kurz in Perioden von 5 Jahren, weitere Erhöhungen zur Folge haben, ohne daß die Beitragsleistung der Mitglieder sich mehrt. Am 3. Mai 1903 wurde das Sterbegeld von 30 Mark auf 50 Mark festgesetzt; am 1. Juli 1906 folgte eine Erhöhung auf 60 Mark, und, wie wir gesehen haben, kann nach 2 Jahren einer Erhöhung auf 100 Mark stattgegeben werden, so daß dann in etwa zehn Jahren eine Steigerung des Sterbegeldes von 30 Mark auf 100 Mark erfolgt ist, ohne daß wesentliche Mehrbeiträge sich notwendig machen. Diese Sachlage ergibt sich klar aus folgender Berechnung. Zahlte das Mitglied früher jährlich 3,60 Mark in die Kriegervereinskasse und für die damalige Durchschnittszahl von 3 Sterbefällen in Summa 0,90 Mark, so zahlt jedes Mitglied bei jetzt 4 Sterbefällen 1,20 Mark, für den Einzelfall also auch nur 0,30 Mark. Das Mehr der Sterbefälle ergibt für den einzelnen eine monatliche Mehrbelastung von nur 2½ Pfennig. Die außerordentlich günstige Lage der Sterbekasse bleibt uns aber erhalten, wenn die jungen Kameraden und Reservisten zahlreich der Kriegersterbekasse beitreten, und somit die günstige Sterblichkeitsziffer festhalten. Folgende rechnerische Ueberlegung spricht am besten und eindringlichsten für den Beitritt. Ein Reservist, der mit 22 Jahren der Sterbekasse beitritt und das 62. Lebensjahr erreicht, hat bei der oben geschilderten Sachlage 40×2,40 Mark eingezahlt. Betrachten wir diese Ratenzahlungen als am Ende des Vereinsjahres geleistet und mit 4 Prozent auf Zinseszins gelegt, so repräsentieren sie nach 40 Jahren, also im 62. Lebensjahre des Zahlers einen Gesamtwert von 228 Mark. Dagegen steint das Sterbegeld in dieser Zeit auf 100 Mk. + 8 × 30 Mk. = 340 Mark. Werden aber die 2,40 Mark als am Anfange der Vereinsjahre eingezahlt betrachtet, und in derselben Weise auf Zinseszins gestellt, so ergeben die Einzahlungen nach 40 Jahren einen Wert von 237,50 Mark, denen wieder 340 Mark Sterbegeld gegenüberstehen. Dem nach 40 Jahren zu zahlendem Sterbegeld von 340 Mark entspricht aber eine 40malige Jahresschlußrate von 3,58 Mark oder eine 40malige Jahresanfangsrate von 3,44 Mark. In beiden Fällen sind aber die im Verein zu zahlenden Beiträge von 2,40 Mark erheblich geringer, ein Faktum, das an und für sich schon zum Beitritt ermuntern sollte. Wenn man dann noch bedenkt, daß eine nach 40 Jahren fällige einmalige Rente von 340 Mark bei 4 Prozent eine einmalige Einzahlung von 70,84 Mark notwendig macht, und diese Summe mit den erleichterten Zahlungsbedingungen der Kriegersterbekasse in Verbindung setzt, so muß jedem Unbefangenen der persönliche Vorteil an der Sterbekasse und der Segen der Einrichtung klar ins Auge fallen. Ueber allen Zweifel erhaben ist heute auch die Tatsache, daß die vor einigen Jahren vorgenommene Umwandlung der Sterbekasse ein finanzieller Schachzug gewesen ist, der nur Segen gebracht hat, und der uns alle den Vätern und Tätern jenes Gedankens zur Anerkennung verpflichtet. Tröstlich muß es für einen jeden sein, sich sagen zu dürfen, daß er an einem Werke mitarbeitet, das ohne persönliche Druckempfindung zu einer gewissen Zeit die Not des Augenblickes von der Familie eines Kameraden fernhält; tröstlicher aber noch ist das Bewußtsein, das weiß, ich habe nach treuvorgender Väterart für meinen lieben Hinterbliebenen einen Sparpfennig in die Kriegersterbekasse eingelegt, der in den schweren Tagen der Familientrauer inmitten mancher Ratlosigkeit das graue Gespenst der Augenblickssorge verscheucht und somit über das Grab hinaus die noch in Liebe und Dankbarkeit verbindet, die ein bitterer Tod geschieden hat. Wenn die Kameraden in obigem Sinne das Wort beherzigen wollten: „Lebe, wie du, wenn du stirbst, wünschen wirst gelebt zu haben", so hätte sich jeder einzelne bei Lebenszeit einer ernsten Pflicht entledigt; er hätte eine Einrichtung unterstützt, die sich in unserm Kreise auswachsen will zu einem Institut, das allseitig nicht nur als berechtigt, sondern als notwendig anerkannt wird.

ó Dümmlinghausen, 14. Jan. Sonntag, den 9. Januar fand hier eine zahlreich besuchte Generalversammlung des Turnvereins Dümmlinghausen-Hesselbach (e. V.) im Vereinslokale statt. Es mögen wohl 100 Turner Turnerinnen und Turnfreunde anwesend gewesen sein. Eine ernste, eindringliche, begeisterte Begrüßungsansprache war es, welche der Vorsitzende, Lehrer Hoffmann, an die Versammlung richtete. Derselbe schloß mit den Worten: „Gut Heil, dem deutschen Vaterland! Gut Heil, dem deutschen Kaiser!" Dann folgte die Erstattung des Jahres- und Turnberichts. Der Verein umfaßt die Ortschaften Dümmlinghausen, Hesselbach und Kleinenbernberg. Er zählte am 1. Januar 1910 170 Mitglieder und zwar 79 aktive und 91 inaktive Turngenossen. Unter den aktiven Turnern mit der Männerriege sind auch 35 Zöglinge von 14 bis 17 Jahren, sodaß also genügender Nachwuchs in Aussicht steht. Die Damenriege zählt außerdem 20 Turnerinnen. Bei dem letzten Gaujubelfeste in Vollmerhausen im Juli vorigen Jahres errang der Verein 6 Preise, darunter den 3. in der 1. Abteilung, den 1. Preis in der 2. Abteilung, den 1. Ringerpreis und 2 Musterriegenpreise. Ein erfreuliches Bild zeigte der Kassenbericht. Zwar kann nun der Verein nicht mehr mit den größeren Summen rechnen die ihm zur Zeit der Erwerbung seines prächtigen und praktischen, vielbenutzten Turnplatzes durch die mannigfaltigsten Veranstaltungen und privaten Zuwendungen zuflossen, aber doch ist es den Turnern nach Bezahlung der Schuld von rund 3000 Mark bei weiser Sparsamkeit möglich gewesen, einen kleinen Turnhallenbaufonds zu sammeln, der hoffentlich mit der Zeit auch noch anwachsen wird. Der Betrieb in einem größeren Turnverein erfordert in der Tat nicht unbeträchtliche Aufwendungen. So sind im Verein zu Dümmlinghausen für Saalmiete für Unfallversicherung sämtlicher aktiven Turner, für Gausteuer und Hartpflichtversicherung für Instandhaltung und Anschaffung neuer Geräte, für Anteilnahme an den Kosten der gemeinschaftlichen Feier des Kaisersgeburtstages der hiesigen Vereine, für Einrahmen der Preis-Diplome mindestens 200 Mark jährlich erforderlich. Da bedarf es großer Sparsamkeit und Findigkeit des Vorstandes zur Erschließung neuer Geldquellen, um bei den mäßigen Beiträgen der Turner einen nennenswerten Ueberschuß herauszuwirtschaften. Von dem Inhalte des vom Vorsitzenden geführten Ehrenbuches sei Folgendes für das Jahr 1909 erwähnt: „Der Verschönerungsverein für Dümmlinhausen und Umgegend stiftete dem befreundeten Turnverein wiederum 30 Mark, welche zur Herstellung einer eisernen Bank mit steinernem Tisch um die „Jahn-Linde" mit Verwendung fanden. Der vom Vorsitzenden angeregte Druck von Bausteinen für den Turnhallenbau ergaben bis zum Schlusse des Jahres einen Reinertrag von 50 Mark. Turngenosse Nohl verpflichtet sich, jetzt und in der Folgezeit das auf dem Turnplatz nötige elektrische Licht, wodurch es ermöglicht wird, im Sommer abends im Freien zu turnen bei ordnungsmäßigem Verbrauch ohne Entschädigung zu liefern." Einstimmig beschloß die Generalversammlung, dem Vorsitzenden Lehrer Hoffmann, dem Kassenwart Robert Mohrenstecher und dem früheren langjährigen Turnwart Robert Klein die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen, sodaß jetzt der 19 Jahre bestehende Turnverein Dümmlinghausen mit dem Ehrenvorsitzenden Rudolf Willeniweber 4 Ehrenmitglieder besitzt. Ein Zeichen der in dem Verein herrschenden Einigkeit ist der Umstand, daß die Vorstandswahl durch Zuruf getätigt werden konnte. Dem Vorstande gehören für das Jahr 1910 folgende Turner an: Fritz Hoffmann, Vorsitzender, Otto Blatz, 1. Turnwart, Gustav Gogarten, 2. Turnwart, Robert Mohrenstecher, Kassenwart, Rud. Theis, Schriftwart, Albert Hoberg, Gerätewart, Rob. Klein und Peter Schorre, Beisitzer. Auf den Gautagen vertritt die Turner der Vorsitzende Hoffmann, der zur Zeit auch Mitglied des Gauturnrats ist, sowie die Turngenossen Robert Klein, Robert Mohrenstecher und Rudolf Theis. Vertreter sind Gustav Gogarten, Hugo Bick und Peter Schorre. Kassenprüfer sollen sein Hoffmann, Klein, Theis. Walter Treude und Walter Lange wurden zu Vorturnern gewählt. Die Zöglinge und Turnschüler sind Albert Hoberg und Albert Willeniweber unterstellt. Kampfrichter für das Jahr 1910 sollen sein Robert Mohrenstecher und Peter Schorre und in Vertretung Otto Frede. Leiter der Damenriege ist Lehrer Müller, der von den beiden Turnwarts unterstützt werden wird. Vorturner der Männerriege sind Lehrer Wüstemeyer, Hugo Bick und Rudolf Holland. Im Sommer 1910 soll ein Turnfest gefeiert werden. Am Morgen des Festtages wird Schülerwettturnen stattfinden. Nachmittags ist Konzert und Schauturnen auf dem Turnplatz und am Abend findet Ball im Vereinslokale statt. Der Geburtstag unseres Kaisers wird am 22. Januar mit den Mitgliedern der Feuerwehr, des Krieger- und Gesangvereins gemeinschaftlich begangen werden. Am 1. Sonntag im März findet der so beliebte Theaterabend zum Besten der Unfallversicherung der Turner und des Turnhallenbaues statt. Sehr verschönert wurde der Verlauf der Versammlung durch prächtige Darbietungen der neugegründeten „Turnhauskapelle" und durch höchst gelungene Vorträge, welche helle Freude und Begeisterung erregten.

Vermischtes.

— **Pariser Reklamekosten.** Ein Brief aus Paris an den „Messagero" plaudert allerhand Geheimnisse der Pariser Reklamekosten aus. Geradezu riesig sind die Summen, die die Zeitungen für gedruckte Reklame bekommen. Ueber 60 Millionen sollen die großen Pariser Blätter alljährlich für Reklame einstecken. Das „Petit Journal" bekommt z. B. für jede Zeile auf der zweiten Seite 100 Fr., für eine Zeile in der kleinen Chronik 50 Fr. und für eine Reklame, die am Ende von anderen Artikeln steht, 30 oder 20 Fr. für die Zeile, eine Reklame auf der letzten Seite kostet noch immer 10 Fr. die Zeile. Der „Petit Parisien" hat den höchsten Preis von 50 Fr. für die Zeile auf der vierten Seite, während 10 Zeilen unter den Echos im Figaro 400 Fr. kosten. Bei kleineren Zeitungen sind die Preise etwas mäßiger: der „Eclair" z. B., der eine Auflage von 90 000 hat, läßt sich 15 Fr. für die Zeile auf der zweiten Seite zahlen. Ebenso riesig sind die Summen, die für Reklame in der Untergrundbahn aufgewendet werden. Die Pariser Untergrundbahn mit 90 Kilometer Wandlänge enthält von 10 zu 10 Metern in Riesenlettern ein einziges Wort, den Namen einer Firma. Im ganzen ist der Name der Firma 18 000 Mal angemalt und hierfür sind 80 000 Franks für Farbe und 26 000 Fr. an Arbeitslohn bezahlt worden; die Untergrundbahngesellschaft hat eine viertel Million erhalten (für eine Zeit von 10 Jahren) und jährlich muß die Firma noch 12 000 Fr. an Ausbesserungsarbeiten bezahlen. Alles in allem kostet die Untergrundbahnreklame für diese eine Firma eine halbe Million.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 25 der deutschen Wehrordnung werden hierdurch alle im Bezirke der Stadtgemeinde Gummersbach wohnenden Militärpflichtigen, welche im Jahre 1890 geboren sind, sowie alle früher Geborenen, welche bisher eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstverpflichtung durch die Ersatzbehörden noch nicht erhalten haben, aufgefordert, sich in der Zeit vom 15. Januar bis einschl. 31. Januar 1910, nachmittags von 3—6 Uhr, auf dem hiesigen Bürgermeisteramte — Zimmer Nr. 8 — zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle persönlich anzumelden.

Im Falle der Abwesenheit von Militärpflichtigen haben deren Eltern, Vormünder, Lehr- und Fabrikherren die Verpflichtung, sie innerhalb des genannten Zeitraumes zur Stammrolle anzumelden.

Bei der Anmeldung haben die im Jahre 1890 außerhalb der Stadtgemeinde Gummersbach geborenen Militärpflichtigen ihr Geburtszeugnis und sämtliche 1889 und früher geborenen Militärpflichtigen ihren Losungsschein vorzulegen.

Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle unterläßt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

Gummersbach, den 4. Januar 1910.

Der Bürgermeister:
Dr. Barth.

In meinem Hause in Derschlag habe ich ein großes

Ladenlokal

mit Wohnung, Stallung und Lagerräumen im ganzen oder geteilt zu vermieten.
Auch werde ich die ganze Besitzung preiswürdig verkaufen.
Ferner habe ich zu verkaufen
2 Ziegen, 1 Schreibtisch mit Schrankaufsatz, 1 Dauerbrandofen.
Wilh. Baum.

Gastwirtschaft nahe bei Siegburg
mit gr. Tanzsaal, Spezereigesch., Bäckerei und Sommerbeuf. zu verkaufen. Preis 48 000 M., Anz. 8 000 M. Offert. an die Exp. d. Ztg. unter J. B. 4.

Rauchen Sie
ROLLTABAK
schmalen Foveaux p. ½ Pfd. 50 Pfg.
von Franz Foveaux,
Tabakfabrik, Köln.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 25 der deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 werden alle diejenigen männlichen Personen, die

1. im Jahre 1890 geboren sind;
2. dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht vor einer Ersatzkommission gestellt haben;
3. sich zwar gestellt, über ihre Militärverhältnisse aber noch keine definitive Bestimmung erhalten haben, und gegenwärtig in der Bürgermeisterei Marienheide wohnen oder sich aufhalten;

hierdurch aufgefordert, sich an den nachstehend bezeichneten Tagen vormittags von 9—12 Uhr auf dem Bürgermeisteramt hierselbst zur Militärstammrolle persönlich anzumelden, im Falle zeitiger Abwesenheit, Krankheit oder beschränkter Geschäftsfähigkeit, durch ihre Eltern, Vormünder, Verwandten 2c. sich anmelden zu lassen.

Dienstag, den 18. Januar 1910 die im Jahre 1888 und früher geborenen Militärpflichtigen;

Mittwoch, den 19. Januar 1910 die im Jahre 1889 geborenen Militärpflichtigen;

Donnerstag, den 20. Januar 1910 die im Jahre 1890 geborenen Militärpflichtigen.

Die außerhalb der Bürgermeisterei Marienheide geborenen Militärpflichtigen haben bei dieser Anmeldung ihren Geburts- bezw. Losungsschein vorzulegen.

Militärpflichtige, die nach Anmeldung zur Rekrutierungsstammrolle im Laufe ihrer Militärjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz ändern, haben dies Behufs Berichtigung der Stammrolle sowohl bei ihrer Abmeldung, als auch nach der Ankunft an dem neuen Wohnorte binnen 3 Tagen anzumelden.

Unterlassene oder verspätete Anmeldung zieht nicht nur den Verlust etwaiger Reklamationsansprüche und bei Diensttauglichkeit die sofortige Einstellung in den Militärdienst nach sich, sondern wird auch nach § 25 Abs. 11 der vorgenannten Wehrordnung mit einer Geldstrafe bis zu 30 M. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Marienheide, den 8. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Grothe.

Empfehle bei Winzern ausgesuchte, bestgepflegte, rassige Weine und gebe solche mit kl. Nutzen ab. — Sämtl. Weine entsprechen dem neuen Weingesetz. Preislisten und Proben frei.
Rob. Pastenrath, Gummersbach.
Weingrosshandlung. Telephon 176.

Gemeinde-Sparkasse Marienheide.
nimmt Einlagen in jeder Höhe auch durch die Post entgegen und verzinst solche zu 3¾ %
Sonntags geöffnet von 11½—12½ Uhr vormittags.
Anträge auf erststellige Kapitalien erwünscht.

Wilh. Feldmann & Co.,
Lüdenscheid.
Mitglied des Verbandes Westdeutscher Eisenbeton-Unternehmungen, G. m. b. H.
Ausführung von Beton- u. Eisenbeton-Konstruktionen jeder Art.
Alleiniges Ausführungsrecht der
Hohlton-Eisenbetondecke
D. R. G. 351 575 351 576
für die Kreise **Altena, Olpe, Wipperfürth** und **Gummersbach.**
Beste, schallsichere und warme Hohldecke für Schulen und Privatbauten.
Anfertigung von Plänen und Kostenanschlägen.
Herstellung von Gipsestrichböden.

Viele u. wohlschmeckende Eier

erzielt man im Winter ohne freien Auslauf mit dem vielfach mit goldenen, silbernen und bronzenen Medaillen prämiierten
Fischhafer „Muskator"
gesetzl. geschützt Nr. 65 432.
Berg. Kraftfutterwerk, Radevormwald.
Verkaufsstellen bei Franz Heuser-Gummersbach. — Carl Sattler-Vollmerhausen. — C. G. Manelshagen-Oberderschlag. — E. Bohle-Bergneustadt. — Herm. Ley-Bergneustadt. — Bisterfeld-Bergneustadt. — C. G. Röttger-Wiedenest. — Frl. Adele Jürges-Oelchen. — Herm. Bertrams-Wiehl. — Ernst Bion-Wiehl. — Aug. Jäger Ründeroth. — Bürstinghaus-Engelskirchen.

Rasiere Dich im Dunkeln
Man verlange gratis und franko unseren illustrierten Katalog über preiswerte Rastergarnituren nebst
Die 7 Gebote
für jeden Selbstrasierer.

Ohne Vorkenntnisse und ohne die Haut zu verletzen, ist jedermann imstande, sich tadellos zu rasieren. Aeusserst praktisch und dauerhaft.
1907/1909
Verkauf über 200 000 Stück.
Der echte langjährig bewährte Muleuto-Rasierapparat trägt die Schutzmarke Muleuto lief eingestempelt und unterscheidet sich von den vielen minderwertigen Nachahmungen dadurch, dass er eine vollkommene anhaltende Schnittfähigkeit besitzt, dauernd befriedigt und
kostenlos gebrauchsfertig gehalten wird.
Tausende von glänzenden Anerkennungsschreiben.
Mark 2.50 komplett. Mit Schaumfänger gut verpolstert Mark 3.50.
Versand erfolgt täglich direkt aus der Fabrik gegen Vorheriesendung des Betrages oder gegen Postnachnahme.
Muleuto-Rasiermesserfabrik Paul Müller & Co., Solingen.

Offenlage der Reichstagswählerlisten.

Die Wählerlisten der Gemeinde Gimborn für die am 15. Februar ds. Js. stattfindende Reichstagsersatzwahl liegen vom 17. ds. Mts. ab 8 Tage lang auf dem hiesigen Bürgermeisteramt zu jedermanns Einsicht offen.

Einwendungen gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen können gemäß § 3 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870/28. April 1903 innerhalb 8 Tagen nach dem Beginn der Offenlage derselben bei dem Unterzeichneten schriftlich angebracht oder zu Protokoll gegeben werden.

Hülsenbusch, den 11. Januar 1910.

Der Bürgermeister: Wilms.

Gewinnauszug
der
222. Königlich Preußischen Klassenlotterie.

1. Klasse. 2. Ziehungstag. 12. Januar 1910.
(Ohne Gewähr. A. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 Mk. gezogen:

2 Gewinne zu 500 Mk. 84875 229671
8 Gewinne zu 400 Mk. 93504 198310 227338
13 Gewinne zu 300 Mk. 34787 72606 128229 145196 171282 180529 181723 183641 185548 187392 194553 198007 231869
25 Gewinne zu 200 Mk. 9119 11318 16862 32463 47742 55092 86673 90275 116838 139306 143899 147954 149754 149922 187729 188831 198353 210250 214161 242547 253940 256633 257031 260832 280492
78 Gewinne zu 100 Mk. 625 4791 5181 10331 12144 20296 27989 29116 29475 30882 37947 48196 49419 53979 54910 56134 58581 59795 71166 71954 72746 76578 77118 80637 85625 85790 86555 89302 95656 95769 95875 99302 103088 104572 112015 112243 120992 121535 137335 138883 140240 147487 147979 150925 160148 162419 163528 164658 164815 168723 176054 179634 182567 182940 185502 194601 196891 199805 206422 207930 213917 218129 224516 227581 236458 238046 239629 251766 258437 268320 269463 271311 274279 283613 287296 296305 301874 303613

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 50 Mk. gezogen:

1 Gewinn zu 20 000 Mk. 121309
2 Gewinne zu 1000 Mk. 87504 126837
3 Gewinne zu 500 Mk. 30984 49607 145126
6 Gewinne zu 400 Mk. 25213 38761 72246 103876 118279 166260
9 Gewinne zu 300 Mk. 28508 31517 69625 92935 93318 121955 169180 227024 258632
27 Gewinne zu 200 Mk. 31884 35446 37430 39949 50111 72357 81904 82379 83781 112990 118758 119863 137645 149362 157626 160911 179788 187956 193110 202709 203698 240165 245165 245983 263080 271160 277684 286516
76 Gewinne zu 100 Mk. 1019 5716 8493 15023 30959 39186 40051 43253 44425 47200 49051 54805 63798 64443 66519 75647 87154 89312 93077 93892 99214 99733 102979 104413 110496 116516 124015 125522 134529 135790 137473 141176 141597 141712 146623 150033 151128 153068 153164 155598 157025 161604 166058 172283 178978 182968 184011 187065 188509 189530 205510 210422 223516 223668 231849 238407 239049 242021 242768 253074 253341 254097 265903 269993 270162 270523 271073 272423 277816 279186 279867 286490 289490 289357 299181 301070 302485